



# FIGU-

# ZEITZEICHEN

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse



Erscheinungsweise:  
Sporadisch

Internetz: [www.figu.org](http://www.figu.org)  
E-Brief: [info@figu.org](mailto:info@figu.org)

3. Jahrgang  
Nr. 78, September 2017

## Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte» vom 10. Dezember 1948, Artikel 19, «Meinungs- und Informationsfreiheit:

**Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.**

Aussagen und Meinungen müssen nicht zwingend identisch sein mit Gedanken, Interessen, Lehre und Missionsgut der FIGU.

## Auszüge aus dem offiziellen 688. Kontaktbericht vom 20. August 2017

**Billy** ... Wie steht es nun aber damit, dass auch im Fernsehen immer wieder Sendungen über das Hexenwesen im Mittelalter gebracht werden, wobei bei den Hexenverfolgungen – entgegen euren früher gemachten Angaben von rund oder mehr als 9 Millionen Hexenverbrennungen und anderen Hexenmordungen – «nur» etwa deren 200 000 bis 250 000 als Hexen und Hexer bezeichnete Menschen ermordet worden sein sollen, wie heute behauptet wird?

**Ptaah** Das Ganze dieser falschen Behauptungen führt einerseits auf die direkten Lügenmachenschaften der katholischen Kirche, andererseits jedoch auch auf von den Inquisitoren und der Kirche bezahlte Chronisten zurück, die diesbezüglich Lügenchroniken erstellten. Effectiv sind gemäss unseren sehr genau geführten Annalen für all die Jahre seit dem Beginn der Inquisition bis heute in allen Ländern der Erde mehr als 18 Millionen Menschen, Frauen, Kinder und Männer, als Hexen, Hexer oder sonstwie als vom Bösen, von Dämonen oder vom Teufel besessen, ermordet worden. Und dies hat sich bis in die heutige Zeit in allen irdischen Hauptreligionen und deren Sekten sowie auch in anderen Religionen und Sekten so ergeben, wobei jedoch allein durch den christlichen Katholizismus und dessen Sekten sowie durch andere christliche Glaubensgemeinschaften und Sekten rund neun Millionen Frauen, Männer und Kinder als Hexen, Hexer und Dämonenbesessene usw. ermordet wurden. Dass dabei auch viele Kinder, meist Jugendliche, ebenfalls im Zusammenhang mit dem Hexen- und Dämonenwahn ermordet wurden, wurde jedoch immer und wird auch heute noch bestritten, obwohl solche Ermordungen noch immer vereinzelt stattfinden, wie z.B. durch Exorzismus oder auch immer noch durch Hexen- und Hexer-Ermordungen. Dies geschieht also heute noch, und zwar nicht nur in sogenannten Drittwelt- und Unterentwicklungsländern, sondern auch in den Industrieländern, die als «aufgeklärt» gelten, wobei jedoch diese Morde in der Regel nicht als solche erkannt werden, wie dies auch der Fall ist in bezug auf Morde in Familien und in Verwandtschaften, die unbemerkt bleiben.

**Billy** Dazu erinnere ich mich, dass du vor geraumer Zeit gesagt hast, dass in Familien und Verwandtschaften in der Schweiz etwa 400 und in Deutschland etwa 4300 Morde pro Jahr erfolgen, ohne dass diese als solche erkannt werden, sei es aus Geld- oder Erbschaftsgründen, aus «Mitleid» oder wegen Lästigkeit.

**Ptaah** Leider nehmen diese Morde je länger, je mehr zu, und zwar infolge der steigenden Geldgier, wie auch der Gleichgültigkeit. Auch speziell alternde Familien- und Verwandtschaftsmitglieder werden umgebracht, weil sie gebrechlich, kränklich und unbequem sind und gepflegt werden müssen. Damit verfallen solche Menschen für manche Familien- und Verwandtschaftsmitglieder der Lästigkeit und werden umgebracht, wobei noch dazu kommt, dass sie vielfach beerbt werden wollen, wobei diese Morde aber nie als solche erkannt und also nie gesühnt werden.



**Billy** Das Ganze wird aber noch schlimmer kommen, denke ich, wie das auch der Fall sein wird mit den mörderischen IS-Terroristen und anderen Terroristen, Kriminellen und Verbrechern, die sich ja dank der merkelschen Flüchtlings-Willkommenskultur schon seit Jahren in ganz Europa eingeschlichen haben, wie ihr ja auch wisst und dieses Gesindel auch zählt, das ja, wie du schon einmal gesagt hast, weit über 100 000 zählt.

**Ptaah** Dazu sagte ich schon, dass sich das Ganze steigert, und das mit den 100 000 Terroristen, Kriminellen und Verbrechern, die in ganz Europa «eingeschlichen» sind, wie du das nennst, hat sich seit unserem letzten diesbezüglichen Gespräch bereits verzweifacht, denn unseren Zählungen gemäss sind von uns im gesamten Europa-raum bis zum Datum vom 31. Juli bereits 200 316 solcher Elemente registriert worden, wobei die Schweiz ebenfalls, jedoch in mindermem Mass betroffen ist.

**Billy** Das ist happig, doch die Sicherheitsorgane und die Regierenden sowie die Bevölkerungen und ganz Europa sind derart blauäugig, folglich sie das Ganze unterschätzen und sich sträflich in Sicherheit wiegen. In der EU-Diktatur ist bezüglich dieser eingeschlichenen asozialen Elemente mehr zu spüren als bei uns hier in der Schweiz, da offensichtlich alles nicht so ernstgenommen wird, wie es eigentlich müsste.

**Ptaah** Das ist tatsächlich der Fall, denn die Staatsverantwortlichen und die Sicherheitskräfte sind viel zu wenig aktiv bezüglich dessen, was sich hinsichtlich solcher in die Schweiz gelangenden Elemente tatsächlich ergibt, weshalb angenommen werden muss, dass sich früher oder später entsprechend unerfreuliche Geschehen ergeben werden.

...

**Billy** Gut, dann jetzt eine Frage, weil ich immer wieder aus aller Welt in bezug auf das Geschehen von 2001 gefragt werde, als am 11.9.2001 der Doppel-Anschlag auf das «World Trade Center» in New York erfolgte und daraus die irre Verschwörungstheorie entstand, dass die US-Regierung und die CIA selbst diese Katastrophe geplant und durchgeführt hätten. Dazu aber hast du damals ausdrücklich erklärt, dass dies absoluter Unsinn sei, denn die Verschwörungstheorie sei besonders darum zustande gekommen und in Umlauf gesetzt worden, weil von vielen Leuten mehrere Explosionen gehört wurden, die angeblich durch Sprengstoff hervorgerufen worden waren und wofür die Schuld verschwörerisch der US-Regierung sowie der CIA zugeschoben wurde. Du hast dazu aber erklärt, dass diese Explosionen tatsächlich stattgefunden haben, jedoch nicht durch Sprengstoff, weil die vielen Tonnen Aluminium der zerstörten Flugzeuge so dünnflüssig wie Wasser schmolzen und eine ungeheure Hitze entwickelten und explodierten, als sie mit dem Wasser der Sprinkleranlagen in Kontakt kamen, weil derart dünnflüssiges Aluminium höchst explosiv ist, wenn es mit Wasser in Berührung kommt, wie du erklärt hast. Und durch die ungeheure Hitze des wie Wasser dünnflüssigen Aluminiums schmolzen auch die Stahlträger, deren Betonschutzhüllen durch den Einschlag der Flugzeuge aufgerissen wurden und den Stahl freilegten, der der grossen Hitze nicht widerstehen konnte. Dadurch wurde es deiner Erklärung nach möglich, dass die Stahlträger schmelzen und diese zusammenbrechen und auch die Türme zusammenstürzen konnten. Dazu aber, hast du gesagt – warum weiss ich zwar nicht, weil ich ja nie nach solchen Begründungen frage –, soll ich mindestens 15 Jahre schweigen und nichts verlauten lassen, wie ich darüber auch nichts aufschreiben soll. Nun ist diese Zeit aber vorbei, und zudem werde ich immer wieder danach gefragt, warum es sich beim «World Trade Center»-Geschehen denn um eine Verschwörungstheorie handeln soll, folglich nun die Frage, ob ich nun darüber offen sprechen und den Fragestellenden eine korrekte Antwort geben darf?

**Ptaah** Heute steht nichts mehr dagegen, folgedem du auf entsprechende Fragen Rede und Antwort stehen kannst, doch die Begründung dafür, dass ich dir Schweigen auferlegen musste, das gründet in unseren Direktiven, die uns nicht erlaubt haben, Sachverhalte offenbar zu machen, die erst ergründet werden müssen.

**Billy** Du meinst hinsichtlich wissenschaftlicher Untersuchungen, die durch die Erdlinge durchgeführt werden müssen?

**Ptaah** Exakt, und solche Untersuchungen werden schon seit geraumer Zeit in richtiger Weise durchgeführt, folgedem die Experten auf dem Weg zu den richtigen Erkenntnissen sind.

**Billy** Interessant, wozu sie nun aber mehr als 15 Jahre gebraucht haben. Aber das ist ja wohl verständlich, denn die Rädchen der Wissenschaften zu deren Erkenntnissen und Fortschritten drehen sich auf der Erde ja nur langsam.

**Ptaah** Das wird sich in fernerer Zukunft ändern.

**Billy** Das wird wohl möglich sein; so sag mal, ist dir ‹SOM1-01 – Das Alien-Handbuch UFO› oder wie es sich nennt – ein Begriff?

**Ptaah** Ja, warum?

**Billy** Darüber habe ich folgendes aus dem Internet von Wikipedia, worüber am 5. Juli 2016 ein Andreas Krämer folgendes geschrieben hat:

*(Mystery News) Im März 1994 erhielt der Ufo-Experte Don Berliner nach einer Flugshow einen Briefumschlag, den er sofort öffnete. Die darin befindliche Filmrolle liess er entwickeln und staunte nicht schlecht, als er die fertigen Bilder sah. Bei den Bildern handelte es sich um die abfotografierten Seiten eines Handbuchs mit dem Titel SOM1-01 vom April 1954, das Protokolle zur Bergung und Beseitigung ausserirdischer Objekte beinhaltet. Die unabhängige Organisation MUFON (Mutual UFO Network) befasst sich mit der Analyse von Ufo-Fällen, unter anderem auch mit dem brisanten Geheimdokument SOM1-01. Das Dokument wird heute als Alien-Handbuch bezeichnet und soll beweisen, dass die US-Regierung an ausserirdischen Technologien arbeitet.*

#### **Intensive Analyse des Alien-Handbuchs SOM1-01**

*Ein Expertenteam von MUFON untersuchte das Alien-Handbuch SOM1-01 mit der Unterstützung des Ufologen Stanton Friedman. Es wurden Fotoabzüge von den Negativen angefertigt, anschliessend wurde das Buch umfassend analysiert. Das Ergebnis war eine vollständige Kopie des Handbuchs. Stanton Friedman überprüfte die Seiten von SOM1-01 auf Hinweise bezüglich der im Jahr 1954 real existierenden Stützpunkte und Einrichtungen der US-Regierung. Die Begriffe und Formulierungen in dem Handbuch waren ebenfalls Bestandteil der Untersuchung, um festzustellen, ob diese Wörter zur damaliger Zeit verwendet wurden oder nicht. Die Bezeichnung SOM bedeutet ‹Special Operations Manual› und stammt offenbar von den Majestic-12 (MJ12), einem Geheimkomitee, welches 1947 nach dem Roswell-Zwischenfall durch eine Executive Order von US-Präsident Harry S. Truman gegründet worden sein soll.*

*Das Alien-Handbuch beinhaltet exakt beschriebene Anweisungen für die Bergung abgestürzter ausserirdischer Flugobjekte und deren Beseitigung. Das SOM1-01 wurde MUFON zufolge sehr wahrscheinlich im Auftrag der US-Regierung angefertigt. Die Anweisungen in dem Handbuch sind das Ergebnis gesammelter Informationen über Ufo-Ereignisse, an denen das US-Militär beteiligt war.*

#### **Anweisungen für Ufo-Abstürze**

*Einer dieser Ufo-Abstürze soll im Mai 1953 in Kingman (Arizona) erfolgt sein, und damit ein Jahr vor der Erscheinung des SOM1-01-Handbuchs. Bei dem Vorfall registrierte die Radarstation einer Militärbasis ein Objekt auf dem Radarschirm, welches an Höhe verlor und schliesslich verschwand, und auch die Kollegen des zuständigen Radaroffiziers beobachteten den Absturz auf ihren Radarschirmen. Sie fuhren sofort mit einem Jeep zur vermuteten Absturzstelle, wo sie nach einer kurzen Suche tatsächlich etwas entdeckten, nämlich eine metallische Flugscheibe, die keine sichtbare Beschädigungen hatte. Anschliessend setzten die Männer ihre Vorgesetzten über den Vorfall in Kenntnis.*

*Rund um den Absturzort wurde eine Absperrung errichtet und mit der Bergung des Ufos begonnen. Das Militär befragte Augenzeugen und forderte sie dazu auf, über dieses Ereignis absolutes Stillschweigen zu bewahren. Wie in SOM1-01 beschrieben, hatte die Absperrung des Absturzortes oberste Priorität, das Bergungsteam selbst kam aus den Reihen der U.S. Air Force. Dem Alien-Handbuch zufolge wurde die gesamte Umgebung anschliessend geräumt und unautorisiertes Personal angewiesen, das Gelände sofort zu verlassen. Alle befragten Augenzeugen mussten das Gebiet ebenso verlassen und durften über ihre Beobachtungen kein Wort verlieren. Im April 1954 erschien das SOM1-01 und das bedeutet, dass das Militär bereits Erfahrung mit der Bergung ausserirdischer Flugobjekte gehabt haben muss. Im Mittelpunkt aller Vorschriften von SOM1-01 steht übrigens die absolute Geheimhaltung.*

*Die Echtheit des Geheimdokuments gilt selbst unter erfahrenen Ufologen als umstritten, doch könnten Ereignisse mit Ufos, in denen das US-Militär involviert war, das Alien-Handbuch beeinflusst haben. Bei dem Roswell-Zwischenfall im Juli 1947, bei dem ein abgestürztes Ufo von der U.S. Air Force geborgen wurde, arbeitete das Militär laut MUFON mit Verdunkelungsstrategien. Zu dem Zeitpunkt hatte das Militär noch kein Ufo geborgen, deshalb existierten damals keine Vorschriften für den Umgang mit der Presse.*

*Die U.S. Air Force verschleierte die Wahrheit über den Roswell-Zwischenfall mit der Story eines abgestürzten Wetterballons. Die beschriebenen Verdunkelungsstrategien in SOM1-01 basieren MUFON zufolge zu 100 Prozent auf den Erfahrungen des Militärs in Roswell, bei dem das Ufo geborgen und die Öffentlichkeit getäuscht wurde. Die Verdunkelungsstrategien schreiben vor, ein Dementi zu veröffentlichen und die Presse sowie die Augenzeugen zum Schweigen zu bringen, indem sie der Lächerlichkeit preisgegeben werden.*

*Basierend auf der Analyse von MUFON hat das Alien-Handbuch SOM1-01 einen hohen Grad an Echtheit, doch wir werden niemals erfahren, ob das Geheimdokument echt ist.*

Dazu nun die Frage, was hinter diese Sache steckt, wenn ich dich danach fragen darf?

**Ptaah** Das Ganze und noch einiges mehr darum ist mir bekannt, doch bin ich an unsere Direktiven gebunden, die mir nicht erlauben, die effektiven Fakten zu nennen. Solltest du aber trotzdem daran interessiert sein, dann kann ich dir in Verschwiegenheit Auskunft erteilen.

**Billy** Interessieren würde ich mich schon, doch können wir dann privaterweise reden, und schweigen kann ich auch, wie du weisst. Dann etwas anderes: In den USA geht es unvermindert weiter mit den Beschuldigungen gegen Russland, dass dieses sich in die US-Präsidentschaftswahl eingemischt und diese manipuliert habe, wozu du aber ausdrücklich gesagt hast, dass das nicht der Fall gewesen sei. Unter dieser deiner Aussage habe ich verstanden – worüber wir ja auch gesprochen haben –, dass weder von Putin noch von der von ihm geführten Regierung irgendwelche Einmischungs-Manipulationen stattgefunden haben, was ihr ja eindeutig abgeklärt habt. Andererseits hast du in privater Weise dann gesagt, dass ihr ausserhalb diesem Putin-Regierungsrahmen in keiner Form andere Überwachungen in bezug auf elektronische und andere Einmischungen durchgeführt habt, wie eben hinsichtlich Hackern usw., die weder mit Putin noch mit dessen Regierung in Verbindung standen. Kannst du dazu etwas sagen?

**Ptaah** Was sich ausserhalb des Putin-Regierungsrahmens – wie du es nennst – in bezug auf russische Hackermachenschaften usw. zugetragen hat, darüber haben wir keine Erkenntnisse, weil wir uns ausschliesslich auf die putin-regierungsamtlichen Möglichkeiten beschränkten und wir uns nur darauf ausgerichtet hatten. Sollten gegebenenfalls in rein privater Weise durch russische Hacker Einmischungen in die Präsidentschaftswahl erfolgt sein, dann fällt das ausserhalb unsere Erkenntnisse.

**Billy** Diese Möglichkeit könnte also unter Umständen bestehen?

**Ptaah** Vielleicht, doch das wissen wir nicht, und andererseits ist es für uns auch nicht von Bedeutung, weshalb wir uns auch nicht um eine diesbezügliche Abklärung bemühten und es auch nicht tun werden, weil das Ganze rundum belanglos ist und auch keinem Einfluss auf die amerikanische Präsidentschaftswahl gehabt hätte.

**Billy** Danke, deine Antwort genügt mir. Eine weitere Frage: Ist dir etwas bekannt bezüglich eines geheimen Space-Shuttles X-37B des US-Militärs, worüber geschrieben wird, dass allein schon der Name dieses «Raumschiffes» geheimnisvoll klinge und dass dieses Shuttle schon viermal im Auftrag der US-Air Force in den erdnahen Weltenraum geflogen sei. Darüber würden die Verantwortlichen jedoch kein Wort zu dessen konkreter Mission und zu den Ergebnissen verlieren. Bei diesen Flügen müssten grosse Daten zusammengekommen sein, denn schliesslich habe dieses 8,8 Meter grosse Objekt – das wie eine Drohne ohne Besatzung fliege – seit 2010 annähernd sechs Jahre im Erdorbit verbracht, wobei der letzte Flug am 7. Mai 2017 endete, der 718 Tage gedauert habe. Offiziell wird behauptet, dass damit nur eine zukünftige Raumschifftechnik getestet werde.



**Ptaah** Was natürlich nicht der Wahrheit entspricht, wie du wohl auch annimmst. Tatsächlich ist uns das Ganze bekannt, doch unsere Direktiven ...

**Billy** ... verbieten dir, darüber zu reden.

**Ptaah** Richtig, denn es handelt sich um eine geheime Sache, in die wir uns weder einmischen noch Informationen preisgeben dürfen.

**Billy** Das sagst du immer wieder einmal, wie du auch kürzlich auf meine private Frage bezüglich des sogenannten «Black-Knight-Satellit» oder «Schwarzer Ritter» erklärt hast, dass du offiziell nichts sagen darfst, mir unter Verschwiegenheit jedoch wohl.

**Ptaah** Woran du dich ja auch hältst. Es mag dir manchmal vielleicht seltsam erscheinen, weil unsere Direktiven Auskünfte und Erklärungen zur Verschwiegenheit beinhalten, die dir etwas sonderbar erscheinen, die jedoch absolut berechtigt sind, was du auch immer verstehst, wenn ich dir das Ganze expliziere.

**Billy** Es war ja nur eine Feststellung und kein Angriff oder eine Rüge, lieber Freund.

**Ptaah** Das habe ich auch nicht so verstanden.

### **Was ist der Islam, was ein Islamit, eine Islamitin, und was ist ein Islamist, eine Islamistin, und was ist der Unterschied zwischen «islamisch», «Islamismus» und zwischen «islamistisch» und «Islamismus»?**

Al-Qaida, Bilderstürmer, Frauen mit Kopftüchern, gewählte Präsidenten, Männer mit Bärten, Ministerpräsidenten, Muslimbruderschaft, Al-Nusra-Front, Revolutionäre, Selbstmordattentäter, Terroristen und Taliban haben alle eines gemeinsam, nämlich dass sie in der christlichen, westlichen und in der jüdischen Welt in der Kategorie Islamismus schubladiert und zudem verteufelt und mit Angst, Mord, Tod, Schrecken und Zerstörung in Zusammenhang gebracht werden.

Das Suffix «-ismus» im Zusammenhang mit dem Islam kennzeichnet eine völlig falsche Bewusstseinshaltung der westlichen Welt, insbesondere der Christen, wie aber auch der Juden, denn es wird darunter eine religiös-bösartige politische, kulturelle oder bewusstseinsmässige (irrig als «geistig» verstandene) Gesinnung und Richtung verstanden. Speziell der Begriff «Islamismus» birgt die Konnotation resp. den Hintersinn der Radikalität in sich, und zwar bestückt mit gänzlich verschiedenen Inhalten, die soziale Gruppen und Individuen unter demselben -ismus einordnen. Also werden in dieser Weise afghanische Taliban und malische Terroristen, «demokratisch» gewählte Parteien, wie auch Regierungschefs, die gemäss den Ergebnissen von Parlamentswahlen eingesetzt wurden – mit denen sich gut Geschäfte machen lassen –, und Personen, die nur ihren Glauben praktizieren wollen und dies durch ihr äusseres Auftreten kundtun, mit -ismus beschimpft; sei es Extremismus, Religionismus, Sektierismus oder eben Islamismus usw. Ein Muslim mit Bart z.B. ist ein Islamit, wird jedoch fälschlich als Islamist bezeichnet, und zwar infolge des Missverstehens und Unwissens, dass der Islamit ein gläubiger Moslem, der Islamist aber ein ungläubiger Mordbube und Killer des «Islamisten Staates» resp. IS ist. Gemäss plejarischen Erklärungen sind die verschiedenen Begriffe im Zusammenhang mit dem Islam folgendermassen zu verstehen: Ein **Islamit** resp. eine **Islamitin** sowie ein **Islamist** oder eine **Islamistin** bedeuten also grundsätzlich verschiedene Wertbezeichnungen, die sich in ihrer Bedeutung nicht krasser unterscheiden könnten. Auch die Bezeichnungen «islamisch» und «Islamismus» sowie «islamistisch» und «Islamismus» gehören ins gleiche Konzept, denn die Begriffe «islamisch» und «Islamismus» bezeugen die islamische Glaubensrichtung, während «islamistisch» und «Islamismus» eine menschenunwürdige, kriminelle und verbrecherische Gesinnung bezeichnen. Eine Tatsache, die jedoch selbst von der gesamten religiösen Welt – sei es speziell der Islam selbst, das Christentum und Judentum – völlig ausser acht gelassen wird, weil auch die sogenannten «Geistlichen», Theologen, Wissenschaftler und Journalisten usw. sich nicht des Unterschiedes zwischen **Islamit**, **Islamitin** und **Islamist**, **Islamistin** bewusst sind. Also können sie auch nicht nachvollziehen, dass ein Islamit ein gläubiger Moslem und eine Islamitin eine gläubige Muslima und ihnen der Koran heilig ist. Dies, während ein Islamist kein gläubiger Moslem und eine Islamistin keine gläubige Muslima und ihnen der Koran nur ein nutzloses Schreibwerk ist, dem nachzuleben

keinen Sinn hat. Weiter ergibt sich auch, wenn eine Muslima ein Kopftuch trägt, dass sie entweder als unterdrücktes Opfer von Islamiten oder Islamisten oder gar fälschlich selbst als Islamistin beurteilt und beschimpft wird. Und dies alles nur darum, weil andersgläubige Frauen ihre Gesichter und Körper durch Stoffe verhüllen, oder weil Männer Bärte in ihren Gesichtern tragen und ihr diesartiges Tun auf religiösen Werten basiert. Damit aber begehen sie noch lange keine Verbrechen, wie sie auch nicht andere Menschen verachten oder als böse, kriminell oder verbrecherisch beurteilen, wenn diese anderen Glaubens und anderer Kultur sind.

Eine Trennung zwischen Staat/Politik und Religion muss ein weltweit erstrebenswertes und ideales Ziel sein, und zwar in jeder Beziehung, wobei auch das westliche Konzept des Steuereintreibens für die Kirchen dazu gehört, folgedem gerechterweise letztlich nur jene Menschen Kirchensteuern oder sonstige Religionssteuern zu bezahlen haben, die Gottgläubige und christliche oder andere Religionsanhänger sind und die Gottestempel unterhalten müssen. Ausserdem dürfen keinerlei religiöse Normen mit staatlichen Gesetzgebungen verbunden sein, denn Gegenteiliges ist sowohl für die Christen, Juden und auch für die Angehörigen des Islam äusserst unattraktiv. Vielmehr muss im Gegenteil sein, dass keine religiöse Fakten einen konzeptuellen Rahmen für das Politische liefern dürfen, sondern, dass nur Ehrlichkeit, Frieden in Ruhe sowie blanker Verstand und reine Vernunft gemäss der Wirklichkeit und deren Wahrheit regieren dürfen.

Innerhalb der Regierungen und bei den Politikern müssen gesetzliche und menschliche Werte angestrebt werden, die auch mit den natürlichen Gesetzen und Geboten kompatibel und vereinbar sind, wobei auch in allen Staaten die wahre Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und gute Regierungsführung zustande kommen muss. Statt Rede- und Meinungszensur muss die Freiheit der Rede gewährleistet sein, und statt Privilegien einiger Oberen in bezug auf Bestimmungen, müssen alle Völker in einem Staat alles selbst bestimmen, wie auch statt Diktate von oben breite öffentliche Diskussionen stattfinden müssen. Auch für den Respekt gegenüber anderen Religionen und deren Mitgliedern muss eine gute Basis gefunden werden, wie es auch keinen Zwang für eine oder in einer Religion geben darf.

Aufständische und Empörte brauchen nicht ordnungsabartiges Gedankengut in allen Bereichen zu vertreten, um für wahre Demokratie zu kämpfen. Und es muss verstanden werden, dass Islam nicht gleich Islamismus bedeutet, sondern dass Islam einzig eine Religion ist wie jede andere auch, und dass diese – wie jede andere – nichts mit Krieg, Rache, Eifersucht, Unfrieden sowie mit Terror usw. zu tun hat. Dessen jedoch ungeachtet werden viele Menschen, bloss weil sie eine Politik befürworten, die auf religiösen, historisch tradierten Werten aufbaut, besonders in europäischen Medien der Kategorie Islamismus zugeordnet, der eine Beschuldigung ist und zudem eine äusserst schlimme Form des Verbrechens. Gegenteilig dazu steht der Islamismus als ein Glaubensinhalt, der nichts mit Mord und Totschlag usw. zu tun hat. Auch unreligiöse und glaubensfreie Gruppierungen, die eine auf guten und hohen Werten basierende Lehre bieten und bemüht sind, die Menschheit auf gute Bahnen zu führen, werden beschimpft, drangsaliert und bössartig verunglimpft. Und dies, während es nicht nur in Europa, sondern in aller Welt Parteien und Regierungen gibt, die sich auf religiöse Werte berufen, diese leider jedoch nicht verwirklichen, weil nur grossspurig dahergeredet und nach Krieg und Unfrieden, Macht und Terror gehechelt wird. Und das ist so, während sich die Parteien und Regierungen dann im allgemeinen je nach Flügel konservativ oder rechtskonservativ nennen. Würden ihnen aber die gleichen Sprachmuster übergestülpt, wie guten und wertträglichen Gruppierungen – wie den Institutionen in islamischen Ländern –, dann würden ihre Mitglieder in die Kategorie Christismus, Christizismus und Christistmus fallen, folglich es dann einen Lutherismus, Lutheristmus, Lutherzismus, Protestantismus, Protestantistmus, Protestantzismus, Evangelismus, Evangelistmus, Evangelizismus, Orthodoxismus, Orthodoxistmus und Orthodoxizismus geben würde. Und die offiziellen Vertreter jeder katholischen und protestantischen Kirche, jeder jüdischen Synagoge, jedes x-beliebigen Tempels oder sonstigen Götzenhauses, die alles so haben wollen, wie es immer schon war, würden die gesellschaftlichen Entwicklungen und Bedürfnisse der Gläubigen ignorieren und in Grund und Boden verdammen. Und alle würden sie die Frauenordination, Geburtenkontrolle, Scheidung und auch die Sexualität ausserhalb der Ehe ebenso ablehnen wie auch die Homosexuellengleichstellung. Und es wären genau jene, welche im Zölibat das Heil der Priester und Pfaffen und sonstigen «Geistlichen» sehen, jedoch selbst Kinder sexuell missbrauchen, in Bordelle gehen und sich auf sexuelle Handlungen mit Frauen und Männern einlassen, die ihnen gläubig verfallen sind – oder vergewaltigt und mit Angst und Drohungen belegt werden, wenn sie darüber reden würden. Tatsache ist auch, dass vehement alles getan wird – speziell bezogen auf die Christen –, dass niemand auf die Idee kommt, die sogenannten «Geistlichen» beiderlei Geschlechts als Katholikisten, Katholizisten oder als Protestantisten oder Protestantzisten usw. zu definieren.

Zu Beginn der arabischen Revolutionen, die schon vor mehr als 2000 Jahren von Immanuel vorausgesagt wurden, hat es so ausgesehen, als ob Religionen keine Rolle dabei spielen würden, und so war es bei den ersten

Aufkommen der Aufstände tatsächlich auch, denn grundsätzlich waren diese erstlich nicht die Triebkraft dafür. In erster, zweiter und dritter Linie waren es allein die politischen, militärischen und menschenrechtverachtenden Machenschaften der diktatorischen Staatsregimes, die zu Protesten, Aufständen, Revolutionen und Bürgerkriegen führten, und zwar nicht nur in Arabien und Südamerika, sondern eigentlich auf der ganzen Welt, weil die Völker langsam aus ihrer politisch-militärischen und diktatorischen Lethargie erwachten. Nichtsdestotrotz wurden viele, die zuerst als einzelne Personen nur mit offenen Worten auf öffentlichen Plätzen und Strassen und in diversen Medien kämpften, von den diktatorischen Obrigkeiten verfolgt, in Gefängnisse gesteckt, abgeurteilt und gar ermordet, was sich leider bis heute so erhalten hat. Mit der Zeit rotteten sich viele jener Menschen zusammen, die nach Freiheit und Frieden in Ruhe strebten, und griffen zur Gewalt, folglich letztendlich alles in Strassenschlachten, Zerstörungen und schliesslich in Aufständen, Revolutionen und in Bürgerkriegen ausartete, wie im Fall von Syrien. Leider artete alles Tun und Handeln der Frieden- und Freiheitssuchenden schon sehr früh nach und nach aus, und zwar unter Einsatz ihres Lebens, weil sie politische, gesellschaftliche und ökonomische Teilhabe forderten und letztendlich auch von falschen religiösen Unwerten geleitet wurden. Schlussendlich wurde alles abwertend und kriminalisierend, und zwar indem Schlägereien und böse terroristische und verbrecherische Taten und Handlungen zum freiheitstreibenden Geschehen wurden. Und dies ergab sich einerseits durch die Sachbeurteilung der Obrigkeiten, andererseits jedoch auch durch effektiv dementsprechende Verhaltensweisen der Freiheits-, Friedens- und Rechtfordernden, die sich zuhauf zu Demonstrationen und gesetzwidrigen und das Leben der Mitmenschen gefährdenden Aktionen zusammenfanden.

Auch die politischen Parteien, die sich in arabischen Ländern in friedlicher und freiheitlicher Weise falschen «demokratischen» Wahlen stellten und stellen, wurden und werden mit dem gleichen -ismus belegt, wie jene verbrecherischen Teroelemente, die Bomben abwerfen und damit Schrecken, Verderben und Zerstörung verbreiten und viele unschuldige Menschen, Frauen, Männer und Kinder, in den Tod reissen. Und dies tun viele immer mehr, auch in Form von fanatisch auflodernder religiöser Irreleitung, wie dies in sehr krasser Weise z.B. bei den Islamisten-Staat-Killern der Fall ist, die sich falsch und widersinnig auf die Islam-Religion beziehen. Aber auch in den Staaten der Europa-Union-Diktatur treten politisch und religiös Verirrte in Parteien in Erscheinung, die weitem in den Völkern Unruhe und Unsicherheit, wie aber durch Fremden- und Rassendiskriminierung hetzerisch auch Hass und Unfrieden stiften, was auch immer wieder zu bösartigen Ausschreitungen, Diskriminierungen und zu Toten und grossen Zerstörungen führt.

Nun, der Begriff «Islamismus» wird grundsätzlich falsch verstanden in bezug auf den Islamismus, denn der Ausdruck hat nämlich, wie bereits erklärt, in Wahrheit nichts zu tun mit dem Islam. Der Islamismus gehört als Bezeichnung zum verbrecherischen «Islamisten Staat» IS, wobei dieser bewusst irreführend und kriminell dem Islam zugeordnet und in einen unbefangenen Wert abgeändert wird, wie eben in «Islamismus» und «Islamischer Staat» usw. Wahrheitslich sind die Islamisten jedoch nichts anderes als mörderische Verbrecher, die grundsätzlich lebens- und menschenverachtend tödliche Gewalt und Terror ausüben. Die Begriffe «Islamisten» und «Islamismus» fanden eigentlich erst irgendwann nach dem Angriff auf das «World Trade Center» am 11. September 2001 Eingang in die Medien. Vor diesem Geschehen wurden die gleichen Personen und sozialen Gruppen einfach als politische und religiöse Fundamentalisten bezeichnet. Seit den Anschlägen der al-Qaida-Terrororganisation hat ein Unwort das andere abgelöst, was immerhin klar zeigt, dass die Neueinführung von Begriffen absolut machbar ist, zumindest in der deutschen und schweizerdeutschen Sprache. Grundsätzlich wäre es aber nicht nur wünschenswert, sondern unbedingt notwendig, eine sehr klare Differenzierung dieser neuen Begriffe aufzustellen, damit alles richtig verstanden wird. Dies wäre und ist in Beziehung auf das hier Besprochene ganz besonders wichtig und von Bedeutung, eben speziell in bezug auf Islamit resp. Islamitin sowie Islamist und Islamistin, da diese Begriffe grundsätzlich verschiedene Wertbezeichnungen aufweisen, die in ihrer Bedeutung nicht krasser sein könnten. In Wiederholung sei daher nochmals erwähnt, dass auch die Bezeichnungen «islamisch» und «Islamismus» sowie «islamistisch» und «Islamismus» nicht ins gleiche Konzept gehören, denn die Begriffe «islamisch» und «Islamismus» bezeugen die islamische Glaubensrichtung, während «islamistisch» und «Islamismus» eine menschenverachtende und menschenunwürdige, kriminelle und verbrecherische Gesinnung bezeichnen. Eine Tatsache, die jedoch selbst von der gesamten religiösen Welt – sei es speziell der Islam selbst, das Christentum und Judentum – völlig ausser acht gelassen wird, weil auch die sogenannten «Geistlichen», «Theologen», Wissenschaftler und Journalisten usw. sich des Unterschiedes zwischen Islamit, Islamitin und Islamist, Islamistin nicht bewusst sind.

Werden die verschiedenen Formen krimineller und verbrecherischer Gruppierungen und Organisationen betrachtet, dann gibt es bei diesen als Mitglieder Dschihadisten, Mudschahidin und Salafisten, wobei diese Bezeichnungen auf Selbstbezeichnungen zurückgehen, mit denen sowohl Glaubens- als zugleich auch politische Inhalte vermittelt werden. Effectiv muss aber alles gar nicht so kompliziert sein, denn die deutsche wie auch die

schweizerdeutsche Sprache ist äusserst reich an Adjektiven, und zwar auch zur Beschreibung gesellschaftspolitischer Strömungen usw. So werden genannte Gruppierungen und Organisationen auch als aufgeschlossen, avantgardistisch, extremistisch, fanatisch, fortschrittlich, konservativ, liberal, moderat, modern, progressiv, radikal, reaktionär, rückständig, terroristisch, traditionalistisch oder als zukunftsorientiert bezeichnet. Zukunftsorientiert, das sind dabei die Bewusstseinshaltungen, die den «Arabischen Frühling» resp. die «Arabische Revolution» hervorgebracht haben, was aus religiöser Sicht durchaus als islamisch und islamitisch bezeichnet werden kann, jedoch absolut in keiner Weise islamistisch.

Mehr als ein Jahrzehnt lang galt das globale Terror-Netzwerk al-Qaida als Inbegriff des Dschihadismus und des völlig falsch als Islamismus bezeichneten kriegerischen und terroristischen Islamismus. Mit der Entstehung des «Islamischen Staates» (IS), der wahrheitlich nicht islamisch, sondern islamistisch ist, hat sich das Gesicht des Terrorismus sehr stark gewandelt: Der IS resp. «Islamistische Staat» versucht einen dauerhaften mörderischen Gottesstaat als Kalifat aufzubauen, wobei dieses Wahnsinnsansinnen dieser völlig ausgearteten Terroristenorganisation die gesamte territoriale Ordnung des Nahen Ostens, wie aber auch die Ordnungen aller Staaten der Welt zu sprengen droht, weil sie sich weltweit ausbreitet und Ungeheures über unzählige Menschen bringt. Diesbezüglich ist hier effektiv die Gefahr und der Status einer drohenden und weltumfassenden terroristischen Katastrophe gegeben, wenn der Islamismus tatsächlich erdenweit Fuss fassen könnte, wenn ihm nicht Paroli geboten werden kann. Natürlich bedeutet es geheimdienstliche und journalistische Knochenarbeit, um alles genau zu recherchieren, wo, wie und an welcher Stelle, wie auch in welcher das mörderische Spektrum einer «Islamisten-Staat-Gruppe» bereits zu verorten und zu bekämpfen ist. Es ist sehr einfach, die Kategorie Islamismus allen Erscheinungen aus dem arabisch-islamischen Bereich überzustülpen, anstatt den wirklichen Faktor «Islamismus» beim Namen zu nennen. Natürlich ist es für alle Journalisten, «Geistlichen» und Verantwortlichen für die richtigen Sprachbegriffe viel einfacher, nach altem Sprachgebrauch die Islamgläubigen, die Muslime und Muslima, mit dem Begriff «Islamismus» zu verunglimpfen und sie Terroristen gleichzustellen und ein Feindbild zu schaffen, als es damit zu zertrümmern, indem die effektiven Terroristen als «Islamisten» und deren Terror als «Islamismus» bezeichnet werden. Es läge effektiv speziell in der journalistischen Verantwortung, vereinfachte Klarheiten offen und richtig zu definieren und alles derart klarzulegen und durch Differenzierung auch nur das geringste Missverständnis zu vermeiden, als durch falsche und unklare Bezeichnungen Verwirrung zu stiften und eben mit dem völlig falschen Begriff «Islamismus» – anstatt «Islamismus» – an der Konstruktion eines Kollektiv-Feindbildes mitzuwirken. Tatsache ist dabei, dass sich der gesamte Journalismus und umfänglich die Sprachwissenschaften, wie auch «Duden» und «Wahrig», sich dem «Idiotikon» anschliessen müssten, um eben bedeutende Wort zu deuten. Das Suffix «-ismus» ist ein häufig benutztes, selten richtig gebrauchtes und leider oft missverständenes Wortanhängsel, das sehr selten erfolgreich gedeutet und zudem eine noch nie richtig erforschte Nachsilbe resp. ein Ableitungsmorphem darstellt, was deshalb auch dazu beiträgt, dass der Unterschied zwischen «-ismus» und «-ismus» so gut wie unbekannt ist und nicht oder nur schwer verstanden wird. Tatsächlich aber ist das Suffix «-ismus» wie auch das «-ismus» nicht wie ein unnützer Blinddarm und also kein Appendix resp. keine Unnützlichkeits, um neue Wortgebilde zu erschaffen.

Billy

## Verfassungsbruch bleibt Programm

24.08.2017, 13:33 von schweizerzeit EU-No/US

### Vor der Bundesrats-Ersatzwahl

Vornehmste Aufgabe des Parlaments im demokratischen Staat ist es, sorgfältig darüber zu wachen, dass Regierung und Verwaltung des Landes zu jedem Zeitpunkt verfassungskonform handeln.

Allein durch konsequente Respektierung der Verfassung bleiben Freiheit und Rechte der Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der in der Schweiz geltenden direkten Demokratie gewährleistet.

### Tabuthema

Kürzlich – anlässlich der Nicht-Umsetzung der von Volk und Ständen am 9. Februar 2014 zum Verfassungsauftrag erhobenen Begrenzung der Masseneinwanderung mittels festzulegender Obergrenzen und jährlicher Kontingente – wurde Verfassungsbruch in der Schweiz Tatsache.

Man dürfte als Bürger eigentlich annehmen, dass die Forderung nach zügiger Wiederherstellung der geltenden Verfassungsordnung im Vorfeld einer Bundesratswahl eine dominierende Rolle spielen müsste – angesichts der



Wächterrolle, welche das Parlament beansprucht bezüglich der Verfassungsmässigkeit des Regierens in unserer Schweiz.

Dominiert diese Forderung tatsächlich die ausufernden Zeitungsspalten und Informationssendungen füllende Diskussion über die im September anstehende Ersatzwahl in die Landesregierung?

Keine Spur! Nicht einer der sich ins Rampenlicht drängenden Kandidatinnen und Kandidaten spricht diese Frage überhaupt an. Und interessant: Nicht ein einziger Vertreter der sog. «vierten Gewalt», nicht ein einziger Medienvertreter konfrontiert Kandidaten mit der Frage nach ihrer Haltung zum Tatsache gewordenen Verfassungsbruch in der Schweiz, also zur Korrektur der Nicht-Umsetzung des ergangenen Verfassungsauftrags gegen die Masseneinwanderung. Auf dass dieser Verfassungsbruch unangetastet bleibe, besteht in Bundesbern zwischen Medien, Parlamentsmehrheit, Bundesrat, Verwaltung und Bundesratskandidatinnen und -kandidaten – man könnte sie allesamt zur *Classe politique* erklären – stillschweigender Konsens. Einvernehmlich bleiben Fragen zur Verfassungstreue der Kandidaten tabu.

### Wählbarkeit

Nun wird bekanntlich kein einziger Bundesratskandidat allein mit den Stimmen der eigenen Partei in die Landesregierung gewählt. Gewählt wird nur der Kandidat oder die Kandidatin, der oder die bei anderen Parteien am meisten Punkte sammeln kann, der oder die bei anderen Parteien am wenigsten anstösst. Offensichtlich anstössig – und damit unwählbar – sind 2017 Kandidaten, die sich der Politik der engeren Anbindung der Schweiz an die EU offen widersetzen. Solche wagen nicht einmal eine Kandidatur. Wer verhindern will, dass die Schweiz EU-Recht, verbindlich ausgelegt allein durch EU-Richter, sowie automatische Übernahme von EU-Beschlüssen auf sich nehmen muss, wie das die EU der Schweiz mittels Rahmenvertrag abverlangen will – wer dies ablehnt, kann sich 2017 faktisch nicht einmal als Kandidat melden. Er wäre im Schweizer Parlament von heute absolut chancenlos. Als wählbar beurteilt wird nur, wer sich Brüssel gegenüber anpassungsbereit zeigt. Akzeptiert wird nur, wer die gleiche Haltung gegenüber der EU einnimmt, die Bundesbern – Parlament, Verwaltung, Bundesrat – seit Jahren gegenüber Brüssel zeigt.

Auch wenn Bürgerinnen und Bürger in der Schweiz nichts wissen wollen von Anbindung an die EU – das Parlament verlangt von Bundesratskandidaten genau das Gegenteil: Eigenständigkeit zählt nichts, Unterwürfigkeit entscheidet alles. Denken und Erwartungen des Souveräns haben auf die Wahl null Einfluss. Dem Parlament stellen sich ausschliesslich Kandidaten, die entweder EU-Turbos oder EU-bejahende Leisetreter sind.

### Krankheitssymptom

Damit wird die Bundesratswahl vom kommenden September eigentlich zum Symptom, wie weit die Krankheit der direkten Demokratie bereits fortgeschritten ist. Sie läuft darauf hinaus, dass die *Classe politique* dem Volk die Entscheidungshoheit über das Verhältnis der Schweiz zur EU vollends entreissen will. Nur Kandidaten, die – wenn auch in klarem Widerspruch zur Haltung des Souveräns – die Anpassung der Schweiz an die EU entweder lauthals oder leisetreterisch mittragen, kommen in die Kränze für die Landesregierung.

Arme Schweiz! Armer, verratener Schweizer Souverän!

Quelle: [http://eu-no.ch/news/verfassungsbruch-bleibt-programm\\_168](http://eu-no.ch/news/verfassungsbruch-bleibt-programm_168)

## Mindestens 50 000 potenzielle Terroristen in der Europäischen Union

4. September 2017 dieter

In einem Interview mit der spanischen Tageszeitung «El Mundo» enthüllt der EU-Koordinator für Terrorismusbekämpfung, Gilles de Kerchove von Ousselghem, dass laut seinen Diensten, es derzeit mindestens 50 000 radikalisierte Leute in der Union gibt.

Kerchove betont, dass wenn radikalisiert sein eine politische Meinung ist, werden als solche nur jene Personen betrachtet, die terroristische Handlungen zu begehen im Stande sind.

Die Zahl von 50 000 ist vielleicht weniger als die Realität, weil die Mitgliedstaaten der Union nicht die gleiche Art anwenden, um Verdächtige zu klassifizieren.

«Das Vereinigte Königreich hat 20 000 bis 35 000 Radikale identifiziert. Davon gelten 3000 für den MI5 als alarmierend und 500 unterliegen bestimmter und ständiger Überwachung. Die Franzosen zählen 17 000 Radikale, mit ihren eigenen Kriterien und Standards», erklärt er.

Diese Zahlen berücksichtigen nur die auf dem Territorium der Union anwesenden Personen. Man sollte daher

die Staatsangehörigen der EU Staaten, die in die Levante gefahren sind, um Dschihad zu machen, und die nach Hause zurückkehren könnten, dazurechnen. Trotz Aussagen von einigen Politikern gibt es keine verlässliche Schätzung dieser Bevölkerung.

In dieser Lage ist es natürlich unmöglich, alle Radikalen der Union zu überwachen und mögliche Attentate zu verhindern.

Übersetzung: Horst Frohlich

Quelle: <http://krisenfrei.de/mindestens-50-000-potenzielle-terroristen-in-der-europaeischen-union/>

### FIGU-Anmerkung

Diesbezüglich sprechen die Plejaren von bereits 200 316 IS-Terroristen, sonstigen Terroristen sowie Kriminellen und Verbrechern, die bis zum Datum von 31. Juli 2017 in alle EU-Diktaturstaaten sowie in die Schweiz als angebliche Flüchtlinge «eingewandert» sind (siehe auch Kontaktbericht-Auszug, Seite 2).

## Kirchhof prangert Merkel als Verbrecherin an!

10. September 2017 dieter

**Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Ferdinand Kirchhof, hat nun Merkels Verbrechen offiziell gemacht!**

Es gibt derzeit so gut wie keinen Wahlkampf-Auftritt der Verbrecherin Merkel, bei dem ihre Lügenaufführung nicht in Schmähungen, Pfeifkonzerten und «Merkel-muss-weg-Rufen» untergehen würde. Und das zu Recht, wie nun der Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Ferdinand Kirchhof, öffentlich versichert. Kirchhofs Aussage hat eine neue Qualität, er ist noch im Dienst, im Gegensatz zu den anderen Systemfeiglingen und Mittätern, die das Recht bis zu ihrer Pensionierung verschlucken. Kirchhof hingegen hat Merkels Verbrechen jetzt offen angeprangert: Die planmässige illegale Flutschleusenöffnung und die illegalen Grenzübertritte. Nach dem Sturz des Merkel-Systems muss sie dafür den Rest ihres Lebens hinter Gitter verbringen.

**So gut wie niemand der über unser Land herfallenden Invasoren hat ein Recht, bei uns zu sein, sagt der zweithöchste Richter am höchsten Gericht der BRD.**

*Kirchhof in der FAZ (29.08.2017, S. 4) wörtlich: «Den wenigsten, die zu uns kommen, steht das Grundrecht auf Asyl zu.»*

Es sind nur 0,5 Prozent «Bleibeberechtigte», selbst nach BRD-«Recht». Gemäss der Lügengzahl von einer Million Invasoren 2015 hätten gerade mal 5000 von ihnen Asyl bekommen dürfen, aber Hunderttausende erhielten verbrecherisch Asyl gewährt, was das Anschluss-Unrecht des Familiennachzugs zur Folge hat. Gestern berichtete der FOCUS, dass derzeit jährlich nahezu 300 000 – gemäss Kirchhof – unrechtmässig ihre Familien nachholen dürfen (pro Eindringling mindestens 5 Nachzüge). Es fallen also allein 1,5 Millionen Syrer aus dem «Flutjahr» 2015 über uns her. Und jedes Jahr kommen weitere Millionen und Abermillionen Nachzugs-Invasoren hinzu, wofür wir Existenz, Gesundheit und Leben opfern müssen. Da die zugrunde liegende Asylgewährung gemäss Kirchhof sogar BRD-Unrecht darstellt, handelt es sich bei den anschliessenden Familiennachzügen quasi um die Vorbereitung von Mord und schwersten Verbrechen an uns Deutschen, denn alles, was mit dem Kommen dieser furchtbaren Menschenmassen zu tun hat, war, ist und bleibt Unrecht. Und gemäss Kirchhof geht vom Islam religiöser Terror und Massenmord aus. Kirchhof sagt: «Notwendig wird allerdings eine neue Gewichtung von Freiheit und Sicherheit wegen der steigenden Bedrohung der Gesellschaft durch einen islamistischen Terrorismus. ... Zu denken gibt, dass aus den Kreisen des Islam der Terror aus religiöser Motivation entsteht.»

Quelle: Peter aus uruguay

Quelle: <http://krisenfrei.de/kirchhof-prangert-merkel-als-verbrecherin-an/>

## Seuchen

7. August 2017; Klaus Madersbacher

Wie weit die Entwicklung der Menschheit ist, kann man unter anderem daran erkennen, wie viele Menschen an vermeidbaren Krankheiten und an grossflächig auftretenden Seuchen sterben.

Zum Beispiel ist die Pest, als ‹Schwarzer Tod› der Schrecken des Mittelalters, in Europa praktisch ausgerottet, ist weltweit aber noch gelegentlich anzutreffen – in ‹unterentwickelten› Gebieten natürlich. Unzureichende hygienische Verhältnisse sind die erste Voraussetzung für das Auftreten und die Verbreitung dieser Krankheit. Immerhin gibt es wirksame Medikamente dagegen.

Eine sehr gefährliche Krankheit waren die Pocken, auch Blattern genannt. Auch diese Seuche forderte Millionen von Toten, besonders in Gebieten, in die sie neu eingeschleppt wurde und in denen es keine Resistenz gegen diese durch Viren verursachte Krankheit in der Bevölkerung gab. Zu erwähnen sind hier die amerikanischen Indianer, die den Pocken besonders zahlreich zum Opfer fielen.

Die Pocken sind meine Lieblingsseuche, erstens weil sie ausgerottet sind – ‹nur eine ausgerottete Seuche ist eine gute Seuche› – und zweitens, weil ich selbst an der Ausrottung mitgearbeitet habe, und zwar im Rahmen des in den 1970er Jahren von der WHO (Weltgesundheitsorganisation der UNO) durchgeführten Smallpox Eradication Programme (Pockenausrottungsprogramm), des einzigen weltweit erfolgreichen Projekts auf dem Gebiet der Seuchenbekämpfung. Sogar grössere Ausbrüche konnten wir mit unserer hervorragenden Vorgangsweise schnell unter Kontrolle bringen.

Eine besonders schlimme Seuche ist die Cholera. Cholera kann sich praktisch ungehindert verbreiten, wenn es kein sauberes Trinkwasser gibt, etwa weil dieses durch kontaminiertes Abwasser verseucht wird. Cholera, Ruhr und Typhus weisen auf einen Mangel an sauberem Trinkwasser hin und sind lebensgefährlich für Menschen, deren Ernährung mangelhaft ist, und hier in erster Linie für Kinder und alte Menschen.

Vielleicht erinnern Sie sich an die 500 000 Kinder im Irak, die durch die nach dem Golfkrieg gegen den Irak verhängten Sanktionen getötet worden sind – ja die, die laut der damaligen US-Aussenministerin Madeleine Albright ‹den Preis wert waren›.

*(Im Archiv ist dazu einiges zu finden, z.B. von Dennis Halliday >[http://antikrieg.com/aktuell/2009\\_11\\_30\\_dieuno.htm](http://antikrieg.com/aktuell/2009_11_30_dieuno.htm))*

Ich schreibe ganz bewusst und absichtlich ‹getötet worden sind› und nicht ‹gestorben sind›, ‹ums Leben gekommen sind› oder wie sonst in den verlogenen Medien hierzulande/im Westen zu hören ist, wenn überhaupt. Ein entsprechender Bericht der UNICEF wurde von den Vereinigten Staaten von Amerika und vom Vereinigten Königreich im Unsicherheitsrat (sic!) abgeschmettert. Ich würde sagen, dass hier ein Massenmord in riesigem Ausmass mit grösster Skrupellosigkeit durchgeführt worden ist. Unter Mitwirkung und mit Zustimmung der westlichen Wertegemeinschaft wohlgeerntet. Und der UNO, dieses erbärmlichen unter der Fuchtel des US-Aussenministeriums dahinsiechenden bürokratischen Molochs.

Auch in Washington und London wird bekannt sein, dass mangelhafte hygienische Verhältnisse die Verbreitung von Seuchen fördern. Nun, was folgt daraus für die Macht- und Befehlshaber in diesen aggressivsten Schurkenstaaten der Gegenwart?

Sie lassen Kraftwerke, Trinkwasseranlagen und Abwasseranlagen durch ihre und die Kriegsflugzeuge ihrer jeweiligen ‹Alliierten› zerstören.

### Und dann?

Dann verhindern sie durch Blockaden und Sanktionen, dass für Reparaturen erforderliches Material ins Land gebracht werden kann. Oder verhindern, dass Nahrungsmittel oder Medikamente ins Land gebracht werden können, oder was die verbrecherischen Hirne in den Befehlszentralen sich sonst noch alles ausdenken.

Über kurz oder lang stellt sich die erwünschte Wirkung ein, die man nur als geplanten Massenmord bezeichnen kann. So geschehen in den letzten Jahren in Afghanistan, im Irak, in Libyen, in Syrien und zuletzt im Jemen. Gaza kann man ruhig dazuzählen, wo diese ‹Politik› ebenfalls seit Jahren praktiziert wird, unterbrochen nur von weiteren Bombardierungen von Wohngebäuden und Infrastruktur. Dass die Medien des Westens über diese gigantischen Verbrechen gegen die Menschheit so gut wie nicht berichten, macht diese ‹freien Medien› zu Mit-tätern im Stil von ‹Stürmer›, ‹Völkischem Beobachter› und dergleichen Naziorganen.

Der terroristischen Supermacht Vereinigte Staaten von Amerika geht es offenbar zumindest vordergründig nicht darum, diese Länder zu erobern – es genügt, wenn diese hilflos und wehrlos gemacht werden, irgendwie gerade noch da sind oder auch nicht, sich jedenfalls nicht den aggressiven Ambitionen der nach der Weltherrschaft Strebenden in den Weg stellen können. Wohin deren Weg führt, lässt sich auf jeder Landkarte leicht herausfinden.

Die vielen Millionen getöteten, verkrüppelten und vertriebenen Menschen werden den ‹Preis› auch weiterhin wert sein müssen, den die Bestrebungen der terroristischen Supermacht Vereinigte Staaten von Amerika und ihres verbrecherischen Anhangs erfordern werden, zumindest wenn es nach dem Willen dieser Herrschaften geht.

Wie eingangs erwähnt, ist der Umgang mit vermeidbaren Krankheiten ein Massstab für die Entwicklung der Menschheit.

Wenn bestimmte Staaten mit ungeheurem Aufwand den Tod und unsägliches Leid ungezählter Menschen bewirken, ist das direkt gegen die Entwicklung und gegen die Interessen der Menschheit gerichtet. Der Kampf gegen derlei parasitäre Staaten und ihre verbrecherischen Bestrebungen ist in jeder Beziehung gerechtfertigt.

Dass einer terroristischen Supermacht und ihrem terroristischen Anhang trotz ihrer offen sichtbaren Verbrechen gegen den Frieden und gegen die Menschheit zivilisatorische, kulturelle oder gar humanitäre Kompetenz zugestanden wird, ist offenbar ein hervorstechendes Merkmal – Symptom – einer Gesellschaft, deren geistiger (Anm. bewusstseinsmässiger) Zustand sich zutiefst im pathologischen Bereich bewegt.

Offenbar haben wir es auch hier mit einer Seuche zu tun. Einer Seuche, die die Gehirne der Menschen befällt. So wie Cholerabakterien den Organismus befallen und dessen Funktionen auf Selbstzerstörung umprogrammieren.

Raten Sie mal, ob es da auch ein ‹Immunsystem› gibt, das sich dagegen wehrt, dass die Menschheit so mir nix dir nix in die Selbstvernichtung geführt werden kann?

Gehen Sie ruhig davon aus, dass es das gibt und dass auch Sie ein potentieller/potenter Teil dieses Immunsystems sein können.

Wie immer in solchen Fällen fängt es auch hier klein an. Die Chancen, dass eine Bewegung gegen den derzeit herrschenden Wahnsinn wachsen und sich letztlich durchsetzen wird, sind durchaus intakt. Es sieht vielleicht auf den ersten Blick nicht so aus, dass die Menschheit ständig gescheitert wird, aber bei näherer Betrachtung wird klar, dass das zwangsläufig der Fall sein muss. Es würde mich wundern, wenn der Organismus Menschheit sich nicht in absehbarer Zeit der Elemente entledigen wird, die aus eigennützigem Interessen in zynischer Weise das Schicksal der gesamten Menschheit gefährden und mit Füßen treten. Bisher haben wir es jedenfalls geschafft

...

Quelle: [http://antikrieg.com/aktuell/2017\\_08\\_07\\_seuchen.htm](http://antikrieg.com/aktuell/2017_08_07_seuchen.htm)

## Gewehr bei Fuss! Helm auf zum Gefecht!

*Von Oskar Lafontaine; 16. August 2017 um 16:58 Uhr; Verantwortlich: Albrecht Müller*

Deutschland rüstet für viele Milliarden auf – aber den Befürwortern von Kriegseinsätzen der Bundeswehr in den ‹Qualitätsmedien› kann es gar nicht schnell genug gehen. «Den meisten Deutschen ist das Militärische nach den Erfahrungen von zwei Weltkriegen fremd geworden», klagt Severin Weiland bei ‹Spiegel Online›. Diese ‹Fremdheit› habe «den Blick für die Notwendigkeiten verstellt, die Deutschland mit seiner Armee international auch künftig einzugehen hat.» Der Spiegel-Autor gehört, wie viele andere seiner Kollegen, die Bundeswehreinsätze in aller Welt befürworten, zu einer Generation, die nie im Schützengraben gelegen hat und die Gräueltaten des Krieges nicht kennt.

Die Beteiligung der Bundeswehr an den Öl- und Gaskriegen der USA und die Gefährdung des Lebens der jungen deutschen Soldaten sind also «Notwendigkeiten, die Deutschland auch künftig einzugehen hat?»

Dem Spiegel-Autor gibt es noch zu viel demokratische Mitsprache-Rechte und Auflagen: «Wie steht es bei Einsätzen in noch enger verzahnten multieuropäischen Streitkräften um die Vorgaben von Grundgesetz und Bundesverfassungsgericht, dass das deutsche Parlament über die Einsätze der Bundeswehr entscheiden muss?» fragt er – und liefert die Antwort mit dem Verweis auf die Rüge-Kommission zwischen den Zeilen mit: Weg damit! Und er ist überzeugt: «Eine künftige Koalition, wie auch immer sie aussieht, wird auch über andere unangenehme Fragen zu beraten haben – etwa, ob bei europäischen Rüstungsprojekten die vergleichsweise strengen deutschen Rüstungsexportgesetze noch gelten können.»

‹Vergleichsweise strenge deutsche Rüstungsexportgesetze?› Deutschland ist laut Friedensforschungsinstitut Sipri der fünftgrösste Rüstungsexporteur der Welt! 2016 wurden aus Deutschland Kriegswaffen im Wert von rund 2,5 Milliarden Euro exportiert, rund eine Milliarde mehr als 2015. Deutsche Waffen gehen unter anderem an die Golf-Diktaturen, die den Terrorismus unterstützen. So streng sind die Rüstungsexportgesetze offenbar doch nicht.

Und im Bundestagswahlkampf erkennt Sigmar Gabriel plötzlich, dass nicht Aufrüstung, sondern Abrüstung das Gebot der Stunde wäre und kritisiert, dass die Union sich dem Druck von Donald Trump beugt und die Erhöhung der Militärausgaben auf zwei Prozent der Wirtschaftsleistung verspricht, und nennt das eine ‹Unterwerfung unter den US-Präsidenten›. Er vergisst aber leider, dass die SPD bei der Erhöhung des Kriegsetats mit-



gemacht hat. Sigmar Gabriel fürchtet plötzlich, dass die Sozialausgaben durch die massive Aufrüstung in Gefahr geraten. Wer auch in Zeiten von Null-Zinsen an der «schwarzen Null» festhalten will, sich weigert, zusätzliche Einnahmen durch eine gerechte Besteuerung von Millionen-Einkommen, -Vermögen und -Erbschaften zu erzielen und gleichzeitig weitere Milliarden für Waffen ausgeben will, muss dafür logischerweise an anderer Stelle kürzen. Nur: Auch die SPD hat die «schwarze Null» bislang nicht in Frage gestellt und die Vermögenssteuer für tot erklärt. Und sie befürwortet wie die Grünen Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Die einzige Partei, die Auslandseinsätze der Bundeswehr, Waffenexporte in Spannungsgebiete und weitere militärische Aufrüstung ablehnt ist und bleibt DIE LINKE!

*Nachbemerkung Albrecht Müller: Damit hat Oskar Lafontaine leider recht. Wo sind wir nur hingeraten?*

*Quelle: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=39658>*

## Wladimir Putin: Das sind die Hauptaufgaben der BRICS-Gemeinschaft

4. September 2017 - 15:06



*Wladimir Putin skizziert die wesentlichen Zukunftsprojekte der BRICS-Wirtschaftsgemeinschaft.*

*Foto: Kremlin.ru / Wikimedia (CC BY 4.0)*

Im Vorfeld der Wirtschaftsgipfels der sogenannten BRICS-Staaten in der chinesischen Stadt Xiamen am 4. und 5. September 2017 erklärte der russische Staatspräsident Wladimir Putin gegenüber RT Deutsch die Hauptaufgaben dieser 2014 durch Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika gebildeten Wirtschaftsgemeinschaft. Dabei betonte Putin vor allem die Schaffung einer multipolaren Weltwirtschaftsordnung im Gegensatz zu dem bis heute durch die USA und den US-Dollar dominierten Wirtschaftssystem:

Russland schätzt die zustande gekommene vielfältige Kooperation im Format der Fünfer-Gruppe sehr. Die konstruktive Zusammenarbeit unserer Staaten im internationalen Raum zielt auf die Schaffung einer multipolaren Weltordnung und der Chancengleichheit für alle Länder, sich weiterzuentwickeln.

### Aussenpolitische Koordination in UNO und G20-Gruppe als Ziel

Als weiteres Ziel nennt der russische Staatspräsident eine engere aussenpolitische Abstimmung der BRICS-Staatengemeinschaft bei den Vereinten Nationen und der G20-Gruppe:

Russland steht für eine engere aussenpolitische Koordinierung der BRICS-Länder, vor allem in der UNO und der G20-Gruppe sowie in anderen internationalen Strukturen. Es ist offensichtlich, dass wir nur durch gemeinsame Bemühungen aller Länder die Stabilität auf dem Planeten sicherstellen und Wege finden können, um akute Konflikte, wie die im Nahen Osten, zu lösen.

### Neue Entwicklungsbank als operativer Eckpfeiler

Wirtschaftspolitisch stellte Putin vor allem die 2015 gegründete Neue Entwicklungsbank der BRICS-Staaten mit einem mittelfristigen Investitionsvolumen von 4,5 Milliarden Euro als operativen Eckpfeiler in die Auslage:

«Unser Land ist daran interessiert, die wirtschaftliche Zusammenarbeit im Format der «Fünfer-Gruppe» zu vertiefen. In dieser Richtung wurden in letzter Zeit praktische Fortschritte gemacht. Allem voran möchte ich den Beginn der operativen Tätigkeit der Neuen Entwicklungsbank (NDB) anmerken. Es wurden bereits sieben Investitionsprojekte mit einem Gesamtwert von ungefähr 1,5 Milliarden US-Dollar in den BRICS-Ländern genehmigt.

In diesem Jahr wird erwartet, dass die NDB das zweite «Paket» der Investitionsprojekte für insgesamt 2,5 bis 3 Milliarden US-Dollar genehmigt. Ich bin davon überzeugt, dass ihre Umsetzung nicht nur zum Wirtschaftswachstum, sondern auch zur weiteren Integration zwischen unseren Ländern beitragen wird.»

*Quelle: <https://www.unzensuriert.at/content/0024880-Wladimir-Putin-Das-sind-die-Hauptaufgaben-der-BRICS-Gemeinschaft>*

## Russland: Das Ende des IS steht unmittelbar bevor

Michael Mannheimer, 4.9.2017



Russisches Video zeigt die Vernichtung von IS-Kampfteinheiten (Dauer: 37 Sekunden)<  
(Anmerkung: Siehe [https://www.youtube.com/watch?time\\_continue=1&v=aUSPzT0m0os](https://www.youtube.com/watch?time_continue=1&v=aUSPzT0m0os))

Das russische Verteidigungsministerium betonte, dass die Aufhebung der Blockade von Deir ez-Zor, wo sich seit Jahren syrische Regierungstruppen auf dem Militärflughafen verschanzt haben, die komplette Zerschlagung des IS in Syrien einleitet.

### DAS ENDE DES IS NAHT. WAS FÜR SYRIEN EINE GUTE NACHRICHT IST, WIRD FÜR EUROPA ABER ZUM ALBTRAUM

Was den Amerikanern in Jahren nicht gelingen wollte: Seitdem Russlands Luftwaffe den von den USA gegründeten (und deswegen nicht bekämpften) IS angreift, ist diese islamische (Anm. islamistische) Terror-Organisation (die in Wirklichkeit eine Dschihad-Bewegung des Islam ist) auf der Verliererstrasse.

Der IS wurde von Obama gegründet, um Assad zu stürzen. Syrien war das einzige Land im Nahen Osten, das nicht unter US-Einfluss stand, sondern eng mit dem schiitischen Iran und mit Russland liiert ist. Das passte dem Geburtsmoslem Obama nicht. Daher waren seine Kritiken an den Grausamkeiten des IS reine Krokodilstränen.

### DER ALAWIT ASSAD IST DER EINZIGE POLITISCHE FÜHRER IM NAHEN OSTEN, DER RELIGIONS- FREIHEIT GARANTIERT. DAS PASST DEM SUNNITISCHEN ISLAM ÜBERHAUPT NICHT

Assad war und ist der einzige Führer in den islamischen Staaten, der religiöse Bekenntnisfreiheit garantiert. Und das passt dem zweiten Feind Syriens nicht: Den Sunniten. Diese haben beschlossen, den gesamten Nahen Osten unter ihren Einfluss zu bringen.

Der IS ist also auch ein Kind von Saudi-Arabien, Katar und vor allem der Türkei. All diese Staaten unterstützen den IS massiv – und zwar logistisch, mit Geheimdiensterkenntnissen, waffentechnisch und mit massiver finanzieller Unterstützung.

### DER IS MACHT SICH NUN AUF GEN EUROPA. WIR WERDEN DORT BALD BEISPIELLOSE BLUTBÄDER ERLEBEN

Nun scheint das Ende dieser Terror-Gruppe im Nahen Osten gekommen zu sein. Wie wir wissen, begeben sich jedoch immer mehr IS-Kämpfer, sich als «Asylsuchende» tarnend, direkt nach Europa über den goldenen Merkel-Pfad. Im Merkel-Land (nicht zu verwechseln mit unserem Deutschland) werden bekanntlich Syrer ohne alle Papiere und sonstige Ausweise bevorzugt als «Asylanten» empfangen und anerkannt.

Syrien wird friedlicher – der Krieg ist in weiten Teilen des Landes quasi vorbei. Doch in Europa wird der Krieg jetzt erst losbrechen. Tausende IS-Kämpfer sollen schon bei uns sein. Und weitere tausende IS-Kämpfer sind bereits auf dem Weg zu uns.

Dank Merkel, Juncker, Timmermans und ihren linkspolitischen Helfershelfern in den diversen Parteien Deutschlands und Europas. Sie sind es, die für die vergangenen und künftigen Blutbäder schonungslos zur Verantwortung gezogen werden müssen. Denn sie haben bewusst, gewollt und sehenden Auges den Terror nach Europa importiert.

Quelle: <https://michael-mannheimer.net/2017/09/04/russland-das-ende-des-is-steht-unmittelbar-bevor/>

## Steil ansteigende Zahl illegaler Migranten – und die Politik schaut zu!

*Vera Lengsfeld; Veröffentlicht am 7. August 2017*

Dank fleissiger Schlepper-Hilfe unserer Gutmenschen-NGOs, die sich selbst gern als «Retter» sehen, ist die Aufnahmekapazität Italiens bereits überschritten. Der Druck ist so gross geworden, dass die italienische Staatsanwaltschaft sogar Ermittlungen gegen die «Retter» von «Jugend rettet» und «Ärzte ohne Grenzen» aufgenommen hat. Immer mehr «gerettete» junge Männer machen sich auf nach Norden. Sie kommen zu Fuss, aber auch in Fernreisebussen oder mit der Bahn. Thematisiert wird das von den Medien kaum, schliesslich sollen die Schleusen erst nach der Bundestagswahl geöffnet werden. Vorsorglich werden schon einmal «Warnungen» vor steil ansteigenden Migrantenzahlen veröffentlicht, um die Bevölkerung auf das Kommende einzustimmen.

«Mehrere Indikatoren lassen einen Anstieg der illegalen Migration nach Deutschland in der zweiten Jahreshälfte erwarten», meldet die BZ am 6. August. Sie entnimmt das einem Papier des «Gemeinsamen Analyse- und Strategiezentrums illegale Migration» (GASIM), über das auch die «Welt am Sonntag» berichtet hat. Am GASIM beteiligen sich unter anderem Vertreter von Bundespolizei, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Bundesnachrichtendienst und Auswärtigem Amt.

Dann wird noch die Beruhigungsspielle nachgeschoben, dass es aber weniger seien, als im fatalen Jahr 2015.

Man liest nichts über Massnahmen, die von der Politik gegen die illegalen Einreisen ergriffen werden. Es scheinen keine geplant zu sein. Im Gegenteil, ein Papier über die Wirksamkeit von Grenzkontrollen während des G20-Gipfels sollte nach dem Willen von Innenminister de Maizière nicht veröffentlicht werden, kann man anderen Pressemeldungen entnehmen. Laut internem Abschlussbericht der Bundespolizei zu den temporären Grenzkontrollen stellte die Bundespolizei in den vier Wochen vom 12. Juni bis zum 10. Juli insgesamt 6125 Verstösse gegen das Aufenthaltsrecht, 4546 unerlaubte Einreisen und 812 Drogendelikte fest. Ausserdem haben die Beamten im diesem Zeitraum 782 Haftbefehle vollstreckt.

Die Zahlen zeigen die Notwendigkeit von Grenzkontrollen. Trotzdem wurden sie wieder abgeschafft.

Aufschlussreich ist auch dieser Bericht der Bundespolizei München über die Ergebnisse von Grenzkontrollen: Zahlreiche Fälle von gefälschten oder fehlenden Papieren, Somalier, die sich als Finnen ausgeben, Albaner mit gefälschtem griechischen Pass im Schuh, Afrikaner mit der hoch ansteckenden Krätze wurden registriert.

Der Mann mit Krätze wurde umgehend in ein Krankenhaus zur Behandlung gebracht, erst nach seiner Genesung muss er sich für seinen illegalen Einreiseversuch verantworten. Wir können getrost annehmen, dass er nach der abgelehnten Anerkennung als Asylant eine Duldung bekommt. Das ist keine Frage.

Die Frage, die möglichst viele Wähler den Politikern bei den öffentlichen Veranstaltungen zur Bundestagswahl stellen sollten, ist, warum sie nichts unternehmen, um illegale Einreisen zu stoppen, warum nicht einmal Gewalttäter und Gefährder abgeschoben werden und warum deutsche NGOs, die sich im Mittelmeer als Schlepperhelfer betätigen, weiter staatliches Geld erhalten.

Deutschland scheint von der Politik einem Stresstest unterworfen worden zu sein, wie lange eine intakte Gesellschaft Chaos ertragen kann, ohne zusammenzubrechen. Wir sollten das für unser Land fatale Ende dieses Stresstests nicht tatenlos abwarten. Bei der Bundestagswahl gibt es die vorläufig letzte Möglichkeit, Einfluss zu nehmen und zu zeigen, dass wir nicht zu den Kälbern gehören, die ihre Schlächter selber wählen.

<http://vera-lengsfeld.de/2017/08/07/steil-ansteigende-zahl-illegaler-migranten-und-die-politik-schaut-zu/>

### «Zu hypothetisch»:

## Keine Kritik aus Berlin an USA wegen Schikanen in San Francisco

*Veröffentlichungsdatum: 04.09.2017, 18:28*

Bei der Regierungskonferenz am Montag unterliessen es Regierungssprecher Steffen Seibert und der Sprecher des Auswärtigen Amtes Rainer Breul, die US-Regierung für ihr Vorgehen gegen die russischen diplomatischen Vertretungen in San Francisco, Washington DC und New York zu kritisieren.

Am vergangenen Donnerstag hatte das US-Aussenministerium mitgeteilt, dass Russland aufgefordert wird, bis zum 2. September sein Generalkonsulat in San Francisco sowie eine Kanzlei in Washington DC und die Konsularabteilung in New York City zu schliessen. Am Samstag hatten US-Geheimdienste Durchsuchungen der Gebäude der russischen Handelsvertretung in Washington und des Generalkonsulats in San Francisco durchgeführt. Unter anderem wurden auch die Wohnungen der Mitarbeiter der russischen diplomatischen Vertretung durchsucht.

Auf eine Anfrage von Sputnik, wie die Bundesregierung Washingtons Vorgehen bewerte, antwortete der Sprecher des Auswärtigen Amtes Rainer Breul ausweichend und verwies auf die Äusserungen von Aussenminister Siegmund

Gabriel: «Das betrifft die Beziehungen zwischen Russland und den USA, ich möchte zu Einzelmassnahmen keine Stellung nehmen. Aussenminister Gabriel hat letzte Woche in Washington deutlich gemacht, dass er sich wünscht, dass keine neue Eiszeit zwischen Moskau und Washington entsteht und dass es weiterhin die Bereitschaft zum Dialog gibt.»



Gabriel hatte bei seinem kurzfristig angesetzten USA-Besuch die neuerlichen US-Sanktionen gegen Russland scharf kritisiert und vor einer «neuen Eiszeit» in den Beziehungen zu Moskau gewarnt. In einem Gespräch mit US-Aussenminister Rex Tillerson brachte Gabriel am Dienstag die Sorgen zur Sprache, die die amerikanischen Strafmassnahmen in Europa ausgelöst haben. «Wir wollen unsere wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland nicht vollständig zerstören», sagte Gabriel.

Wie Deutschland handeln würde, wenn seine diplomatischen Vertretungen in einem anderen Land ähnlichen Massnahmen unterworfen würden, wie es im Fall der russischen Vertretungen in den USA geschehen ist, wollte Breul gegenüber Sputnik nicht beantworten.

«Das ist mir ein bisschen zu hypothetisch. Wenn ein konkreter Fall eintritt, machen wir uns darüber Gedanken. Aber nicht in dieser abstrakten Form.»

Regierungssprecher Steffen Seibert enthielt sich einer Kommentars.

### Deutsche Presse sieht nur «schwarzen Rauch»

Auch in der deutschen Medienlandschaft ist es bemerkenswert still, wenn es darum geht, die Schliessung der diplomatischen Vertretungen sowie die Hausdurchsuchungen zu kritisieren. Die etablierten deutschen Medien scheint vielmehr zu beschäftigen, warum am Freitag Rauch aus dem Schornstein des russischen Konsulats in San Francisco aufgestiegen ist und was dort bei der Räumung des Gebäudes verbrannt wurde. «Schwarzer Rauch überm Konsulat. Was verfeuern die Russen in San Francisco?» titelt n-tv am Samstag und zitiert Spekulationen von Twitter-Usern zum Inhalt der Papiere, die verbrannt wurden. FAZ und Zeit springen ebenfalls auf den Zug auf, die Schlagzeilen gleichen sich fast aufs Wort: «Schwarzer Rauch über russischem Konsulat (in San Francisco)». Auch hier wird grosszügig Platz für Spekulationen eingeräumt. So schreibt die FAZ: «In den Lokalmedien wurde darüber spekuliert, was wohl in dem Kamin verbrannt wurde. Nicht nur Papier», schrieb ein KCBS-Reporter auf Twitter. «Der Rauch sei schwarz und beissend gewesen. Freitag war zudem ein extrem heisser Tag in San Francisco mit Temperaturen von bis zu 35 Grad. Die Luftaufsichtsbehörde teilte auf Twitter mit, der Vorfall werde geprüft. Starke Luftverschmutzer können sich an heissen Tagen eine Strafe einhandeln.»

Detailliert beschreibt die Presse den Einsatz der Feuerwehr, die nach einer Meldung der Rauchentwicklung ausgerückt war, jedoch keinen Löscheinsatz durchführen musste. Deutsche Kritik an den Hausdurchsuchungen und der Anordnung der Schliessung der Konsulate – Fehlanzeige.

Quelle: Sputnik

Quelle: <https://de.news-front.info/2017/09/04/zu-hypothetisch-keine-kritik-aus-berlin-an-usa-wegen-schikanen-in-san-francisco/>

## Stadt Akrebat zurückerobert Syrische Armee befreit Zentralsyrien vom IS

4. September 2017 Naher Osten

Die syrische Armee hat, zusammen mit der Luftunterstützung von Russland, Zentralsyrien vom IS befreit. In der Hama-Provinz konnte die strategisch wichtige Stadt Akrebat zurückerobert werden. Die syrischen Truppen wollen nun das letzte vom IS kontrollierte Gebiet Deir ez-Zor zurückerobern. Damit wäre ganz Syrien vom IS befreit.





Das russische Verteidigungsministerium erklärte am Samstag: «Die Einheiten der vierten Panzerdivision der syrischen Regierungskräfte haben in Zusammenarbeit mit dem fünften Freiwilligenkorps und dem militärischen Geheimdienst (Muchaberat) die Stadt Akerbat befreit.»

### Strategisch wichtige Ziele bombardiert

Die russischen Kampfflugzeuge zerstörten wichtige Kontrollpunkte und Artilleriepositionen, sowie wichtige Kommunikationsvorposten. Auch zahlreiche gepanzerte Fahrzeuge des IS wurden zerstört. In der Erklärung vom Verteidigungsministerium heisst es dazu : «Die Operation zur Zerstörung einer grossen Gruppe von Kämpfern des ‹Islamischen Staates› (Anm. Islamistischen Staates) im östlichen Teil der Provinz Hama wurde mit aktiver Unterstützung der russischen Luftwaffe durchgeführt.»

Im Gespräch mit RT sagt Ivan Konovalow, dass die Rückeroberung von Akrebat der bisher wichtigste Kampf gegen den ‹Islamischen Staat› (Anm. Islamistischen Staat) war. Durch die Eroberung der Stadt ist der Weg für die Rückeroberung von Deir ez-Zor frei. Konovalow machte die Wichtigkeit des russischen Eingreifens in Syrien deutlich und sagt gegenüber RT: «Solche erfolgreichen militärischen Operationen sind immer wichtig – die Truppen und Ausrüstung des Feindes sind zerstört. Je öfter solche Operationen durchgeführt werden, desto näher kommen wir dem Ende des Krieges.»

### Spannungen zwischen Kurden-Miliz und syrischer Armee befürchtet

US General Stephen Townsend sagte am Samstag, dass die US-Armee die ‹Demokratischen Kräfte Syriens› unterstützen werde. Die ‹Demokratischen Kräfte Syriens› werden von der Kurden-Miliz YPG angeführt und stehen der PKK nahe. Durch das Eingreifen der USA könnte zwischen der syrischen Armee und der Kurdenmiliz ein Wettlauf um die Provinz entstehen. Das hierbei neue Spannungen entstehen, ist nicht auszuschliessen.

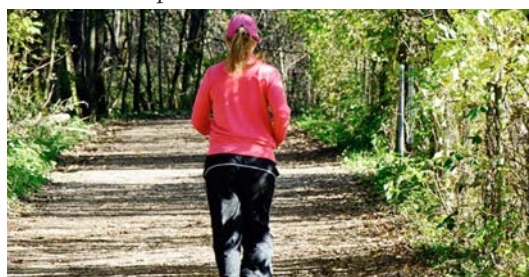
### Erste Erfolge

Unterdessen hat die russische Luftwaffe bereits erste Erfolge in der Provinz erringen können. Bei den Luftangriffen wurden mehrere gepanzerte Fahrzeuge und Panzer zerstört. Erneut wurden auch strategisch wichtige Ziele in der Provinz zerstört. So wurden mehrere Artillerieposten und Versorgungsdepots, sowie eine Raketenabwurfstation zerstört. Auch gegen die Versorgung des IS wurde ein schwerer Schlag durchgeführt, so wurden 20 Lastwagen, die Benzin, Munition und Waffen an Bord hatten, zerstört.

Quelle: <http://info-direkt.eu/2017/09/04/syrische-armee-befreit-zentralsyrien-vom-is/>

## Nach brutaler Vergewaltigung: Deutschland: Polizei rät Frauen nicht alleine zu joggen

4. September 2017 Deutschland



Bildquelle: Pixabay (Public Domain)

Nach einer brutalen Vergewaltigung in Leipzig rät die Polizei Frauen, nicht mehr alleine joggen zu gehen. Der Oberbürgermeister zeigt sich darüber verärgert.

Während Angela Merkel in der TV-Debatte mit Martin Schulz ihre Entscheidung, 2015 die Grenzen für unbeschränkte Einwanderung zu öffnen, verteidigte, treten die fatalen Folgen nach wie vor offen zutage. Nach einer brutalen Vergewaltigung in Leipzig musste eine Joggerin notoperiert werden. Der Täter wird als «südländisch» mit «dunklen Haaren» beschrieben.

### Polizei rät zu «mehr Vorsicht»

Die Polizei, die sich offenbar nicht mehr imstande sieht, für Sicherheit zu sorgen, rät den Frauen nun künftig, nicht mehr alleine joggen zu gehen: «Es wäre besser, zu zweit joggen zu gehen oder zumindest zu schauen, ob immer jemand anders irgendwo in der Nähe ist.»

Auch beim Überholen sollte immer «ein Blick zurückgeworfen werden, um nicht von hinten angegriffen zu werden», wie die Leipziger Volkszeitung die Aussagen des Polizeisprechers wiedergibt.

### Oberbürgermeister zeigt sich verärgert

Der Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD) zeigt sich über die Sicherheitstipps der Polizei jedoch keineswegs erfreut. Nach seinem Ermessen wäre es nämlich die Aufgabe der Polizei, die Bevölkerung zu beruhigen, wie die «Bild» berichtet. Stattdessen fordert Jung mehr Präsenz der Polizei auf der Strasse und in den Parks: «Wir alle möchten in einer Stadt leben, in der ganz selbstverständlich Frauen auch alleine im Park joggen können, in der sich alle sicher bewegen können. Und dafür brauchen wir sichtbar mehr Polizei.»

Quelle: <http://info-direkt.eu/2017/09/04/deutschland-polizei-raet-frauen-nicht-alleine-zu-joggen/>

## Eindringen in russische Anwesen bedeutet Krieg

Sonntag, 3. September 2017, von Freeman um 09:00

Gegen jedes internationale Recht ins russische Hoheitsgebiet eindringen und Vertretungen durchsuchen. Ja, das ist heutzutage genau die nächste illegale und unverschämte Vorgehensweise Washingtons und damit Brücken abbrechen, keine Dialoge mehr führen, nicht mehr miteinander reden. Das trägt sicher zu einem besseren gegenseitigen Verständnis und schlussendlich zu einer Lösung der weltweiten Konflikte bei. Nach der Verschärfung der Sanktionen ist es der nächste provokante Schritt zu einem Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und der Russischen Föderation. Trump ist ausgeschaltet und der «Tiefe Staat» hat seine Macht demonstriert.



FBI-Agenten vor der russischen Handelsmission in Washington

Das FBI hat am Samstag mit der Durchsuchung des russischen diplomatischen Anwesens in Washington angefangen, wie die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Zakharova, bestätigte. Sie sagte, die Diplomaten würden die illegale Durchsuchung mit Fotos und Videos festhalten, um wie sie sagte, diese als Beweis des Rechtsbruchs zu sichern.

In einem Video, das bereits veröffentlicht wurde, sieht man, wie Beamte des FBI die Lüftungsschächte öffnen und prüfen, ob darin etwas versteckt ist. Sie inspizieren auch Wohnräume der Diplomaten. Die Russen hatten nur 36 Stunden, um die Gebäude zu räumen.

Der Sprecher der russischen Botschaft, Nikolay Lakhonin, erzählte den Medien, mit der Durchsuchung der russischen diplomatischen Anwesen wurde nach der Schließung um 14:00 Uhr Lokalzeit begonnen. Die Operation wurde unter der Leitung des US-State-Departments durchgeführt.

Dem Personal der russischen Botschaft wurde die Anwesenheit während der Durchsuchung erlaubt, nachdem sie «vehement darauf bestanden haben», sagte Lakhonin.

Der Leiter der russischen Handelsmission in den USA, Aleksandr Stadnik, sagte zu Journalisten, er betrachte die Durchsuchung der Gebäude als eine Machtdemonstration und Übernahme, die eine eklatante Verletzung internationalen Rechts darstelle.

Die amerikanischen Behörden hätten die diplomatische Immunität der Handelsmission in Washington DC willkürlich aufgehoben. Sie würden ab jetzt ihre Arbeit in der Botschaft fortführen, sagte Stadnik.

Washington hat die Schliessung des russischen Konsulats in San Francisco sowie zwei Anwesen in Washington DC und New York am 31. August befohlen, mit einer Frist von nur ZWEI Tagen!

Die Durchsuchung des Konsulats und der Wohnungen der Diplomaten ist eindeutig eine Verletzung der diplomatischen Immunität, wie im Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen (WÜD) aus dem Jahr 1961 vereinbart.

Am Samstag hat Russland den stellvertretenden «chef de mission» der US-Botschaft in Moskau einbestellt und ihm eine Protestnote über die Durchsuchung der russischen Anwesen in den USA überreicht.

Moskau sagte, es betrachte die Inspektionen als «eine aggressive Aktion», die von den US-Geheimdiensten verwendet werden könne, um «eine anti-russische Provokation zu orchestrieren, indem man kompromittierende Dinge pflanzt.»



Deshalb hat das russische Aussenministerium Fotos veröffentlicht, welche die leeren Räume der russischen Anwesen zeigen.



Am Samstag sah man aus dem Schornstein des russischen Konsulats in San Francisco schwarzen Rauch aufsteigen, obwohl die Stadt unter einer Hitzewelle leidet. Vermutlich haben die Mitarbeiter vertrauliches Material verbrannt, das nicht in die Hände der Amerikaner fallen darf.

Was die US-Imperialisten hier wieder demonstrieren, ist eine völlige Missachtung aller Regeln und Vereinbarungen. Sie benehmen sich wie wenn ihnen die Welt gehören würde. Ein ganz gefährlicher Präzedenzfall, denn ab jetzt ist keine diplomatische Einrichtung eines Staates mehr vor dem Eindringen durch amerikanische Schergen sicher.

Hört man irgendeinen Protest aus den westlichen Hauptstädten gegen diese völkerrechtswidrige Aktion der Amerikaner? NEIN. Das ist der Beweis, dass die Europäer folgsame Lakaien Washingtons sind, die sich nicht trauen, was zu sagen!

Darin sind die USA doch Weltmeister; wer sich nicht unterordnet wird bespitzelt, sanktioniert, erpresst und bedroht. Alles Böse kommt immer von den Guten!

Man stelle sich nur den umgekehrten Fall vor, russische Polizisten würden in die amerikanischen diplomatischen Vertretungen in Russland eindringen und diese durchsuchen, was dann für ein Geschrei aus den Medien und aus den Mäulern der Politiker zu hören wäre.

Zuerst war es ein Informationskrieg, dann ein Wirtschaftskrieg, und jetzt ein diplomatischer Krieg.

Zusammen mit der NATO-Osterweiterung, der Einverleibung der ehemaligen Sowjetrepubliken in die EU und NATO, mit dem gewaltsamen Sturz der gewählten Regierung in Kiew und dem Krieg gegen die ethnischen Russen im Osten der Ukraine, und das Heranbringen von Soldaten und Militärgerät unmittelbar an die Grenze zu Russland, sowie die ständigen Manöver in der Ostsee und im Schwarzen Meer, kann man nur zu einem Schluss kommen, die Schattenmacht will einen Krieg mit Russland.

### Trump hat nichts zu sagen und muss auch gehorchen.

Dazu passt, dass ausgerechnet am Weltfriedenstag Berichte erschienen sind, dass die USA den INF-Vertrag aufkündigen wollen, was eine grosse Gefahr eines atomaren Kriegs in Europa bedeutet. Die ‹Süddeutsche Zeitung› berichtete am Freitag, im US-Kongress seien ‹bereits die ersten gesetzgeberischen Schritte› zur möglichen Aufkündigung des INF-Vertrags eingeleitet worden.

Der INF-Vertrag (Intermediate Range Nuclear Forces) oder Washingtoner Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme ist ein bilaterales Abkommen zwischen den USA und der Sowjetunion über die Zerstörung aller Raketen mit mittlerer und kürzerer Reichweite (500 bis 5500 Kilometer) und deren Produktionsverbot. Nun droht die Gefahr, ‹dass die USA neue Raketen bauen und auch in Europa stationieren›, schreibt die ‹Süddeutsche Zeitung›. ‹Grosses› käme ‹ins Rutschen› und Europa stünde ‹am Rand eines neuen nuklearen Zeitalters ... Nukleare Mittelstreckenraketen waren der Schrecken des Kalten Krieges ... 30 Jahre danach meldet sich das Gespenst zurück.›

Es ist euch schon klar, dass Westeuropa damit der erste Schauplatz eines Krieges sein wird. Besonders Deutschland wird komplett vom Erdboden verschwinden, wird ausstrahlt, denn dort befinden sich viele amerikanische Militärbasen, Kommandozentralen und ein Lager für Atombomben, die alle Ziele für russische Atomraketen sind.

Eigentlich müssten Millionen Deutsche schon längst vor der amerikanischen Botschaft in Berlin gegen diese unverantwortliche Aggression der USA gegen Russland demonstrieren. Die müssten ganz laut rufen: ‹Haut endlich ab aus Deutschland!› und ‹Wir wollen keinen Krieg!›

Aber was tun sie? NICHTS! Sitzen nur auf dem Sofa und gucken Fernsehen. Formel 1 und Sportschau am Nachmittag, und am Abend das TV-Duell Merkel-Schulz.

Man bekommt, was man verdient, und ihr habt wirklich die Landesverräterin Merkel zum 4. Mal und die über 70-jährige Besatzung der Amis verdient!

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.de/2017/09/eindringen-in-russische-anwesen.html>

## Deutschland 2017: Kein Schutz, kein Existenzrecht für unsere Kultur

*Veröffentlicht am 4. September 2017 von conservo, (www.conservo.wordpress.com); Von Peter Helmes*

**Für nationalbewusste Deutsche ist das Gefühl nicht neu: Leben wir noch im Land unserer Väter, leben wir noch in unserem ‹Vaterland›?**

Unser Vaterland – das bedeutete christlich-abendländische Tradition, Kultur und Geschichte Deutschlands als Wegmarke für die Zukunft. Vorbei! ‹Wegmarke für unsere Zukunft›? Wenn andere ‹Kulturen› uns überrollen, wenn ‹deutsche› politisch Korrekte unsere Geschichte in Frage stellen, wenn unsere Sprache stirbt und das Erbe unserer Väter auf ganze zwölf Jahre Geschichte – Stichwort Auschwitz – reduziert werden, dann ist der Boden unseres Vaterlandes zerstört. Mutwillig niedergemacht, zugunsten einer neuen Ideologie, die weder die göttliche Schöpfung noch die Aufklärung gelten lässt.

Eine Ideologie, die einen ‹Neuen Menschen› und eine ‹Neue Gesellschaft› der Gleichschaltung, der Zerstörung des Individuums zum Ziel hat!

### Maas-Kahane-Ideologie

Das Ergebnis dieser neuen Indoktrination – entstanden aus der ‹Frankfurter Schule› – ist ein anderes Deutschland, in dem wir uns fremd fühlen und Fremde das Ruder übernehmen.

Die Kehrseite dieser Entfremdung von unserer Kultur ist die konsequente Entfremdung des Individuums von seiner Nation, von den gewohnten staatlichen Autoritäten und der Rechte des Bürgers – inklusive Einschränkung bzw. Zerstörung der Meinungsfreiheit –, politisch korrekt legalisiert durch die neue Maas-Kahane-Gesetzesgewalt und -Ideologie: Der Bürger als Marionette des PC-Menschen, der Bürger als Verfügungsmasse des Staates.

Der Staat weiss alles besser, der Staat lenkt – bis hinein in die Wirtschaft – von der Marktwirtschaft zur linken Lenkwirtschaft. Der Staat weiss, was sozial ist, der Staat verteilt die Wohltaten, die durch ‹die Wirtschaft› erarbeitet werden. Der Staat bestimmt, wer seine Gäste sind und weshalb die Grenzen offen sein müssen. Der ‹Neue Staat› – das ist eine ‹offene Gesellschaft ohne Identitäten›, bar jeder Tradition.

Zu dieser Zustandsbeschreibung fand ich heute im Netz einen (namenlosen) Kommentar, den ich gerne weitergebe:



### «Lagefeststellung!»

Wir schützen unsere Grenzen nicht mit Waffengewalt (bzw. überhaupt nicht), und «feiern» unsere Feste dafür hinter Betonpollern und bewacht von schwerbewaffneten Polizisten.

Wenn wir irgendwo in ein Flugzeug steigen, wird unser Ausweis/Pass x-mal kontrolliert, wir müssen Gürtel und Schuhe ausziehen, und unser Kram wird geröntgt, während jeder auch ohne Pass und unkontrolliert in UNSER Land kommen kann.

Wir gestehen jedem Volk und jeder Kultur ein Existenzrecht zu, nur unserer nicht, und lassen uns unsere Kultur sogar von einer türkischstämmigen «Integrationsministerin» ohne jedwede Gegenwehr absprechen.

Wir lassen es zu, dass sexuelle Übergriffe auf unsere Frauen und Mädchen alltäglich werden. Alleine in den vergangenen Tagen gab es mehrere derartige Vorfälle in Halle («Jugendliche» begripschen 14-jährige Mädchen), Potsdam (10 Migranten belästigen 2 junge Mädchen), Chemnitz (Asylbewerber vergeht sich an 2 Kindern auf dem Spielplatz) und Leipzig (Migrant verprügelt und vergewaltigt Joggerin), wo die Polizei lapidar von einem «polizeilichen Klassiker» (sic!) redet und den Frauen rät, künftig einfach nicht mehr alleine zu joggen.

**Wir ziehen uns im eigenen Land immer weiter zurück und bleiben sicherheitshalber abends lieber zuhause, oder decken uns zumindest mit Pfefferspray ein, weil wir merken, dass sich die Sicherheitslage massiv verschlechtert hat.**

Wir schauen zu, wie Deutschland im internationalen Sicherheitsranking hinter Länder wie Ruanda rutscht und andere Staaten Reisewarnungen für dieses Land herausgeben.

Wir sehen Menschen vor unserer Haustür elendig krepieren, erstochen, überfahren, oder wie zuletzt in NRW (wo auch sonst?), von einer Migrantengruppe einfach zu Tode geprügelt, und denken uns «Puh, nochmal Glück gehabt – besser der als ich.»

Ihr jammert über zu wenig Geld in der Börse, über unwürdige Minijobs und über Altersarmut, aber hinterfragt nicht, wer dafür verantwortlich ist.

Ihr habt Angst, dass eure Kinder in der Schule «abgezogen» und im internationalen Wettbewerb zugleich immer weiter abgehängt werden.

Ihr merkt, wie der Druck in euch von Tag zu Tag steigt, und dass das hier eben kein Land mehr ist, «in dem man gut, gerne und sicher leben kann».

Wo bleiben die Konsequenzen?

Quelle: <https://conservo.wordpress.com/2017/09/04/deutschland-2017-kein-schutz-kein-existenzrecht-fuer-unsere-kultur/>

## Scharfe Kritik an EU-Migrationspolitik Polens Ministerpräsidentin: «Merkel hat den Terroristen geholfen»

28. August 2017



Bild: By P. Tracz/ KPRM (P. Tracz/ Chancellery of the Prime Minister of Poland) (Flickr.com) [Public domain], via Wikimedia Commons

**Die polnische Ministerpräsidentin Beata Szydło reagierte auf den Terror von Barcelona mit einer scharfen Kritik an der EU-Migrationspolitik.**

In einem Interview nach dem Anschlag in Spanien gab Polens Ministerpräsident Beata Szydło den EU-Staatschefs die Schuld am islamistischen Terrorismus in Europa. Die Migrationspolitik der EU-Staaten, vor allem jene der deutschen Kanzlerin Angela Merkel, «habe denjenigen geholfen, die jetzt den Tod in unserer Mitte säen», sagte Szydło gegenüber dem polnischen Fernsehsender «TVP Info».

«Gesunder Menschenverstand statt politischer Korrektheit»

«Europa muss aus seiner Lethargie aufwachen und anfangen, an die Sicherheit seiner Bürger zu denken», forderte die polnische Ministerpräsidentin als Reaktion auf den Terror von Barcelona. Europa dürfe keine Angst haben, über Terror zu reden und brauche wieder «gesunden Menschenverstand statt politischer Korrektheit». «Es gibt keinen Preis, der es wert ist, die Sicherheit des polnischen Volkes dafür zu tauschen», stellte Szydlo klar.

Sicherheitsmassnahmen gegen den Terror

Ohne weiter in Details zu gehen, deutete die polnische Ministerpräsidentin an, dass die mittel- und osteuropäischen Länder ihre eigenen Sicherheitsmassnahmen gegen den Terror entwickelt hätten.

Die polnische Regierung sieht sich seit den jüngsten Anschlägen darin bestätigt, auch in Zukunft keine muslimischen Migranten aufzunehmen.

«Wir überzeugen uns am Beispiel der jüngsten Anschläge, dass es dort, wo eine grosse Menge an schlecht integrierten Muslimen lebt, eine natürliche Basis für Terroristen gibt», sagte Pawel Soloch, der Chef des Nationalen Sicherheitsbüros in Polen.

Bei einer grösseren Anzahl von muslimischen Flüchtlingen sehe er einen Anstieg der Terrorgefahr, sagte Soloch laut «Krone» gegenüber der russischen Nachrichtenagentur «RIA Nowosti».

16 Tote und 120 Verletzt bei Anschlägen in Spanien

Bei den islamistischen Anschlägen am 17.8.2017 starben mindestens 16 Menschen und rund 120 weitere wurden verletzt. Ein 22-jähriger Marokkaner war mit einem Kleinlaster in eine Menschenmenge auf Barcelonas Flaniermeile Las Ramblas gerast. Wenige Stunden später fuhr ein weiterer Angreifer im Badeort Cambrils in eine Gruppe von Passanten.

Quelle: <http://info-direkt.eu/2017/08/28/polens-ministerpraesidentin-merkel-hat-den-terroristen-geholfen/>

Die verschwiegene Gefahr von Links

Freitags-Kommentar vom 1. September 2017, von Anian Liebrand, Redaktion «Schweizerzeit»

Von über- und untertriebenem Extremismus

In seinem Lagebericht «Sicherheit Schweiz 2017» schätzt der schweizerische Nachrichtendienst (NDB) die aktuellen Gefahrenpotenziale für die öffentliche Ordnung ein. Entgegen der «veröffentlichten Meinung» geht im Vergleich zum Rechtsextremismus vom linken Extremismus eine weit grössere Bedrohung aus.

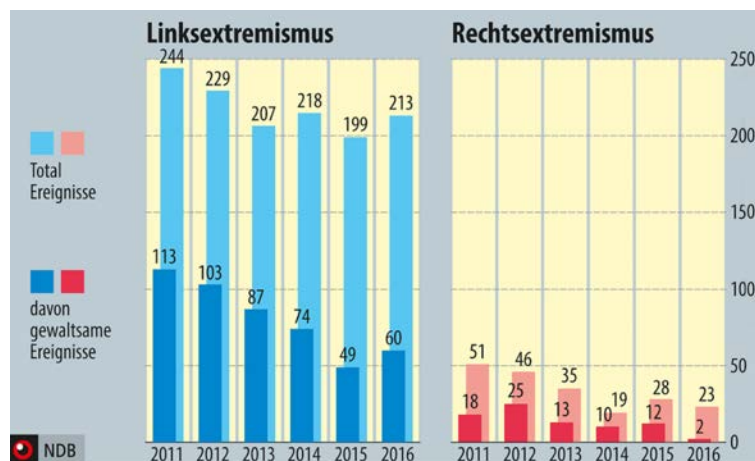


Bild: Lagebericht «Sicherheit Schweiz 2017» des schweizerischen Nachrichtendienstes (NDB) 1.9.2017, 21:13 von szadmin

Auch im diesjährigen Lagebericht (frei herunterzuladen unter [newsd.admin.ch](http://newsd.admin.ch)) gibt der NDB umfassende Beurteilungen und Analysen zu allen Faktoren ab, welche die Sicherheit der Schweiz betreffen. Das Hauptaugenmerk wird dabei auf die Abwehr von Wirtschafts-Spionage, von Cyber-Kriminalität und dschihadistisch motivierten Terrors gelegt. «Die terroristische Bedrohung in der Schweiz bleibt erhöht», so die nüchterne, aber wohl sehr realistische Einschätzung des Nachrichtendienstes.

### «Häufige» und «seltene» Ereignisse

Ein nicht zu unterschätzendes Gefahrenpotenzial geht weiterhin von politisch motivierten Extremisten aus, die auch vor Gewaltanwendung nicht zurückschrecken. Während der NDB im Bereich des Rechtsextremismus von «seltene[n] Ereignissen» schreibt, seien linksextremistische Vorfälle «immer noch häufig» zu verzeichnen. Eine unmissverständliche Ansage, die wohl so manchen Medienkonsumenten erstaunen lässt.

Wird doch in der hiesigen Presse- und Fernsehlandschaft jede Zuckung der vermeintlich «bösen Rechten» in hysterischer Art und Weise hochstilisiert und verteufelt – während über linksextreme Ergüsse, Drohungen oder gar Gewaltanwendungen höchstens dann berichtet wird, wenn sie schlicht nicht mehr zu ignorieren sind – wie beispielsweise die exzessiven «G20»-Krawalle von Hamburg oder die regelmässigen Saubannerzüge aus dem Reitschul-Umfeld in Bern.

### Zweieinhalb Mal so viele Linksextremisten

Dass die militante linke Szene wesentlich problematischer ist als die massiv überschätzte Rechtsextremisten-Szene, hält der NDB in seinem neusten Lagebericht akribisch fest. Im Jahr 2016 sind in der Schweiz mehr als neun Mal so viele linksextreme Vorfälle (213) registriert worden wie rechtsextreme (23). Bei den gewalttätigen Ereignissen sind es im Vergleich zum Rechtsextremismus ganze dreissig Mal mehr (!) linksextreme Ereignisse (60 linksextreme zu 2 rechtsextremen Vorfällen).

Im letzten umfangreichen «Extremismusbericht», den der Bundesrat 2004 herausgab, wird die Anhängerschaft der «zumeist miteinander vernetzten» linksextremen Szene auf rund «2000 Militante» beziffert, wobei «die mehreren hundert, nur bei konkreten Anlässen auftretenden Mitläufer und Sympathisanten des Schwarzen Blocks nicht berücksichtigt» seien. Im Übrigen eine sehr verharmlosende Einschätzung – als ob jemand «einfach so als Mitläufer» beim eindeutig extremistischen, oft verummmt randalierenden Schwarzen Block mitmarschieren würde. Heute dürfte die linksextreme Szene in der Schweiz – konservativ geschätzt – auf rund 2500 Anhänger geschätzt werden.

### Was heisst überhaupt «rechtsextrem»?

Der rechtsextremen Szene werden (bei stetig abnehmender Tendenz) rund 1000 Anhänger und Sympathisanten zugerechnet. Was der Bundesrat schon im Extremismusbericht von 2004 festgestellt hatte, wird seither Jahr für Jahr vom Nachrichtendienst bestätigt: «Die rechtsextreme Szene in der Schweiz verfügt weder über eine einheitliche Weltanschauung noch über eine gemeinsame Basis.» Nicht zuletzt deswegen hat sich in den letzten Jahren auch in der Schweiz ein öffentliches Meinungsklima entwickelt, das die Etikettierung «rechtsextrem» heute im medialen Diskurs viel zu leichtfertig auf unterschiedlichste Strömungen – von SVP-Politikern, Islamkritikern bis zu bürgerlich-konservativen Journalisten – übertragen lässt.

Der Vergleich zu den Vorjahren zeigt, dass sich die vom Nachrichtendienst im Jahr 2016 dokumentierten Vorfälle mit linksextremem Hintergrund auf konstant hohem Niveau bewegen, während die rechtsextremen Vorfälle kontinuierlich abnehmen. So waren im Jahr 2015 rund sieben Mal mehr linksextreme Vorfälle (199) registriert worden als rechtsextreme (28). Bei den gewalttätigen Ereignissen waren es im Vergleich zum Rechtsextremismus wiederum vier Mal mehr linksextreme Ereignisse. Die rechtsextremen Vorfälle haben sich von 2011 bis 2016 mehr als halbiert – die linksextremen Vorfälle sind dagegen nur minim zurückgegangen.

### Ungleiche Dimensionen

In Deutschland, wo das Schreckgespenst Rechtsextremismus noch viel panischer an die Wand gemalt wird als in der Schweiz, ist das Verhältnis der politisch motivierten Straftaten mit rechts- und linksextremistischem Hintergrund im Übrigen etwas ausgeglichener. Je nach Delikt überwiegt das eine oder das andere Extrem. So prügeln in Deutschland Rechtsextreme offenbar mehr, während Linksextreme viel häufiger Landfriedensbruch begehen. Das deutsche Bundesamt für Verfassungsschutz schätzte das linksextremistische Personenpotenzial in Deutschland im Jahr 2015 mit insgesamt 26 700 Personen um einiges höher ein als das rechtsextremistische (22 600 Personen).

Nur schon die Erläuterungen des aktuellen NDB-Lageberichts zu politisch motiviertem Extremismus in der Schweiz führen die ungleichen Dimensionen vor Augen. Um die Relationen zu sehen: Linksextreme gefährden Andersdenkende an Leib und Leben, begehen Sachschäden in Millionenhöhe und führen sogar Sprengstoffanschläge durch (auf das Streckennetz der SBB im Jahr 2016). Bei der Eindämmung des Rechtsextremismus setzen Nachrichtendienst und Polizei die Prioritäten dahingehend, die Attraktivität der Schweiz «als Durchführungsort für Konzerte» zu minimieren, die notabene praktisch immer im Verborgenen durchgeführt werden und von denen keine Gefahr für Dritte ausgeht.

### Stopp der Verharmlosung

Ein beliebtes Feindbild der Linksextremen ist die Polizei als Symbol der verhassten Staatsgewalt. Gegen sie Gewalt anzuwenden, erachtet der militante Kern als durchaus legitim. Eine der Haupttriebfedern linksextremen Seins und Agierens bildet aber zweifellos der unerbittliche Kampf gegen einen vermeintlich «erstarkenden Faschismus». Unabhängig davon, dass – mit Verweis auf den Nachrichtendienst – statistisch hierzulande ohnehin kein Erstarken des Faschismus belegt werden kann, sehen Linksextreme alle Mittel für geheiligt an, um jene zu bekämpfen, die sie für «faschistoid», «reaktionär» oder «xenophob» ansehen. Für sie – laut der Gruppierung «Antifa» wurzelt der Faschismus angeblich in der bürgerlichen Gesellschaft – sind wir alle Faschisten oder Nazis: SVP-ler, Rechtskonservative, stolze Schweizer Patrioten.

Die linksextreme Szene rüstet permanent zum Kampf. Es wird Zeit, dass endlich auch in Medien und Politik die Einsicht einkehrt, dass die Staatsgefahr Linksextremismus keinen Tag länger verharmlost werden darf.

Quelle: [https://schweizerzeit.ch/cms/index.php?page=/news/die\\_verschwiegene\\_gefahr\\_von\\_links-3162](https://schweizerzeit.ch/cms/index.php?page=/news/die_verschwiegene_gefahr_von_links-3162)

### Die ganze Härte des Rechtsstaats

Vera Lengsfeld; Veröffentlicht am 6. September 2017

Kriminelle Schutzsuchende sollten die ganze «Härte des Rechtsstaats» zu spüren bekommen, hört man von Politikern immer wieder. In der Praxis sieht es allerdings meist ganz anders aus.

In Bergisch-Gladbach wurde ein Familienvater am frühen Abend in der Fussgängerzone von einer Gruppe junger Männer, zu denen keine näheren Angaben gemacht werden, angegriffen, zu Boden geschlagen und weiter mit Kopftritten traktiert. Der Mann erlag kurz darauf seinen Verletzungen.

Nun hat ein 18-jähriger «Kölner» die «Tat eingeräumt. Seine Angaben decken sich mit den ersten Ergebnissen der Obduktion des Toten», wird Oberstaatsanwalt Ulrich Bremer von Kölner Stadtanzeiger zitiert. Nach der Vernehmung ist der Täter wieder auf freien Fuss gesetzt worden.

Die hanebüchene Begründung des Oberstaatsanwalts: «Der Tatverdacht der Körperverletzung mit Todesfolge rechtfertigt keine Untersuchungshaft. Vor allem vor dem Hintergrund, dass der 18-Jährige einen festen Wohnsitz bei seiner Mutter hat und nicht vorbestraft ist.» – Quelle: <http://www.ksta.de/28355486> ©2017

Der Familie, die gerade ihren Vater wegen einer verweigerten Zigarette verloren hat, muss das wie ein Schlag ins Gesicht vorkommen. Fast noch schlimmer ist, wie mit dem Getöteten umgegangen wird. Der Mann sei betrunken gewesen. Das klingt wie: Selbst schuld. Wäre er nicht alkoholisiert gewesen, wäre er nicht so gefallen, dass er sich selbst tödlich verletzte. Die paar Tritte gegen den Kopf, mit denen der bereits am Boden Liegende noch traktiert wurde, seien nicht tödlich gewesen, wird das Obduktions-Gutachten zitiert.

Zur Herkunft des «Kölners» gibt es bisher keine genaueren Angaben. Mein Leser H.K., der sich bei der zuständigen Polizeidienststelle danach erkundigte, bekam erst die Antwort, man sei noch nicht sicher, sobald man es sei, wolle man die Öffentlichkeit natürlich informieren.

Nachdem die Identität des Täters zweifelsfrei feststeht, zielt sich die Polizei immer noch. H.K. bekam auf erneute Anfrage vom «Beschwerdemanagement» des Polizeipräsidiums Köln folgende Mail:

*Sehr geehrter Herr K.,*

*Ihr Schreiben vom 2.9.2017 an die Polizei Köln wurden uns zur abschliessenden Bearbeitung weitergeleitet.*

*Um Ihre Fragen beantworten zu können, bitte ich um Rückruf bzw. um Mitteilung Ihrer Rufnummer, damit ihr Anliegen in einem persönlichen Gespräch erörtert werden kann.*

*Im Auftrag*

Natürlich weiss inzwischen jeder, dass es sich um Migranten, Schutzsuchende oder solche, «die neu dazugekommen sind», handelt, wenn die Identität hartnäckig verschwiegen wird.

Wie anders agiert wird, wenn es sich um eine vermeintlich rechtsradikale Tat handelt, zeigt ein Fall, der sich vor elf Jahren in Potsdam zugetragen hat. Auch hier war ein Familienvater, ebenfalls betrunken, zusammengeschlagen worden und lag wochenlang im Koma. Nur war der Mann Deutsch-Äthiopier, was der Medienöffentlichkeit zur Gewissheit machte, dass es sich um eine rassistische Gewalttat in «Nazi-Potsdam» handeln müsse.

Sehr schnell wurde auch ein angeblicher Täter festgenommen und nach Karlsruhe geflogen, weil die Bundesanwaltschaft die Ermittlungen übernahm wegen «Beeinträchtigung der inneren Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland». Monatelang wurde der Mann in Untersuchungshaft gehalten und schliesslich angeklagt, obwohl der von der Soko «Charlottenhof» eingeschaltete Vernehmer der Mordkommission, der schon dem Hintze-Ent-



führer Sergej Serow Details entlockt hatte, zur Überzeugung gelangte, dass der Beschuldigte nicht der Täter war. Am Ende stellte sich heraus, dass es einen Handymitschnitt gab, aus dem hervorging, dass der Deutsch-Äthiopier den Streit angefangen hatte und die andere Stimme nicht die des Beschuldigten war. Justitia ist in Deutschland längst nicht mehr blind, sondern einäugig.

Ein Rechtsstaat, der sich dem Verdacht aussetzt, nachsichtig gegenüber einer bestimmten Tätergruppe zu sein, verdient diesen Namen nicht mehr. Medien, die sich despektierlich über Opfer von Tötungsdelikten äussern, dürfen sich über die Verachtung, die man ihnen entgegenbringt, nicht wundern.

Im Wahlkampf betonen Politiker, dass kriminelle Schutzsuchende selbstverständlich abgeschoben werden müssten. Die Union behauptet in ihrem <Regierungsprogramm> sogar, sie hätte die <Abschiebung von Straftätern erleichtert>. Allerdings ist Papier geduldig und mit der Praxis hat die Behauptung nichts zu tun. Die Verschleierung ihrer Identität ist jedenfalls nicht hilfreich, wenn man es mit der Abschiebung von Straftätern wirklich ernst meint.

In diesem Zusammenhang muss darauf hingewiesen werden, dass die Union in Hinblick auf die Bundestagswahl auch verspricht: «Wir verstärken unsere Bemühungen, diejenigen zurückzuführen und gegebenenfalls abzuschicken, deren Anträge auf Asyl rechtskräftig abgelehnt werden.»

Auch diese Aussage hat mit der Wirklichkeit kaum etwas zu tun. Am heutigen 5. September brachte das Morgenmagazin der ARD einen Beitrag über die Überlastung der Verwaltungsgerichte durch Klagen gegen abgelehnte Asylbewerbungen. Es liegen zehntausende davon in den Gerichten auf Halde. In jeden einzelnen Fall muss noch einmal nachgeprüft werden, ob die Entscheidung richtig war. Heerscharen von Anwälten müssen vom Steuerzahler finanziert werden, um eine solche rechtsstaatlich getroffene Entscheidung anzufechten. Wenn es dann zum Gerichtstermin kommt, erscheinen häufig weder die Kläger noch die Anwälte.

Es wäre ein Leichtes für die Politik, diesem Missbrauch des Rechtsstaats einen Riegel vorzuschieben. Mindestens sollten die Anwälte, die Verfahren anstrengen und dann nicht zum Termin erscheinen, belangt werden. Verwaltungsgerichte, die mit Asylverfahrensklagen zugeschüttet werden, können ihren eigentlichen Aufgaben nicht mehr ordnungsgemäss nachkommen. Das ist eine gefährliche Schwächung des Rechtsstaats.

Von der Politik wird argumentiert, Deutschland müsse seinen <humanitären Verpflichtungen> nachkommen. Es gibt aber keine humanitäre Verpflichtung, die verlangt, den eigenen Staat zu destabilisieren durch Überforderung der Verfassungsorgane.

Allerdings kann man selbst in diesem merkwürdigen Wahlkampf, der in nie da gewesener Weise darauf ausgerichtet ist, die Wähler zu sedieren, erkennen, dass die Politik der Altparteien nicht darauf gerichtet ist, die Gefährdungen der Rechtsstaatlichkeit einzudämmen. Nach der Wahl kommen <Resettlement und Relocation>, wie es die Union in ihrem <Regierungsprogramm> ankündigt. Was darunter zu verstehen ist, wird in einem Extra-Beitrag untersucht.

Quelle: <http://vera-lengsfeld.de/2017/09/06/die-ganze-haerte-des-rechtsstaats/>

## Selbst denken – heute eine radikale Aufforderung

5. September 2017 dieter; von Gastautor Dr. Wolfgang Hintze (vera-lengsfeld)

Am 29. August 2017 haben 15 Hochschullehrer der Elite-Universitäten Princeton, Harvard und Yale einen offenen Brief an die Studenten geschrieben, die jetzt aus den Semesterferien zurückkehren.

Moderat formuliert, subversiv in seiner Einfachheit, ein Plädoyer für die intellektuelle Unabhängigkeit, gegen geistige (Anm. bewusstseinsmässige) Enge der politischen Korrektheit, mit der inzwischen radikalen Aufforderung an die Studenten: Denkt selbst!

Ein Text, der in Deutschland genauso dringlich ist – und das nicht nur für die Universitäten. *Hier der Link auf den Originaltext:* <https://jmp.princeton.edu/announcements/some-thoughts-and-advice-our-students-and-all-students>

Hier meine Übersetzung:

### Einige Gedanken und Hinweise für unsere Studenten und alle Studenten

29. August 2017

Wir sind Wissenschaftler und Hochschullehrer an den Universitäten von Princeton, Harvard und Yale, und wir wollen den Studenten, die jetzt im ganzen Land auf das College kommen, einige Gedanken und Hinweise übermitteln. Unser Rat kann auf zwei Wörter reduziert werden:

**Denkt selbst!**

Nun, das klingt sehr einfach. Aber Ihr werdet entdecken – wie es viele von Euch bereits auf der Highschool getan haben –, dass selbst denken eine Herausforderung ist. Es braucht dazu immer Selbstdisziplin, und heutzutage kann es auch Mut erfordern.

Im gegenwärtigen Klima ist es ja so einfach, Eure Ansichten und Euer Weltbild von der vorherrschenden Meinung prägen zu lassen, die Ihr auf Eurem Campus oder im weiteren akademischen Umfeld vorfindet. Die Gefahr, der sich jeder Student – oder jedes Fakultätsmitglied – gegenübersteht, ist die Unsitte, dem Konformismus zu verfallen und dem Gruppendenken nachzugeben.

An vielen Colleges und Universitäten bewirkt die ‹Tyrannei der öffentlichen Meinung› – wie John Stuart Mill sie nannte – nicht nur, dass den Studenten der Mut genommen wird, sich den vorherrschenden Ansichten über Moral, politische und andere Fragen entgegenzustellen. Sie führt die Studenten vielmehr zur Überzeugung, dass die herrschenden Ansichten so offensichtlich richtig sind, dass nur ein Eiferer oder Spinner sie in Frage stellen könnte.

Da aber niemand ein Eiferer oder Spinner sein oder dafür gehalten werden will, besteht die einfache und bequeme Verhaltensweise darin, der Orthodoxie des Campus zu folgen.

### Macht das nicht so. Denkt selbst.

Selbst denken heisst, die herrschenden Ideen auch dann zu hinterfragen, wenn andere darauf bestehen, dass sie als nicht hinterfragbar behandelt werden müssen. Es bedeutet zu entscheiden, dass das, woran man glaubt, sich nicht an modischen Trends zu orientieren hat, sondern dass man sich der Mühe unterziehen muss, die stärksten Gegenargumente kennenzulernen und ehrlich in Betracht zu ziehen, darunter Argumente, die von anderen verunglimpft oder stigmatisiert werden, oder Auffassungen, die andere vor einer kritischen Analyse schützen möchten.

Eure Motivation, selbstständig zu denken, sollte die Liebe zur Wahrheit sein und der Wunsch, die Wahrheit zu finden. Der Kernpunkt der College-Ausbildung besteht darin, die Wahrheit zu suchen und die Kenntnisse und Fähigkeiten für eine beständige Wahrheitssuche zu erwerben. Aufgeschlossenheit, kritisches Denken und Debattieren sind grundlegende Voraussetzungen für die Wahrheitsfindung. Ausserdem sind sie unser bestes Gegenmittel gegen Engstirnigkeit und Fanatismus.

Merriam-Websters erste Definition des Wortes ‹Fanatiker› (bigot) ist jemand, «der starrsinnig oder intolerant an seiner Auffassung und seinen Vorurteilen festhält.» Die einzigen Menschen, die offenes Hinterfragen und eine ernsthafte Debatte fürchten müssen, sind die Fanatiker; darunter die auf dem Campus oder in der Gesellschaft allgemein, die versuchen, die Hegemonie ihrer Meinungen zu schützen, indem sie behaupten, die Infragestellung ihrer Auffassungen sei selbst ein Ausdruck von Fanatismus.

Also lasst Euch nicht von der öffentlichen Meinung tyrannisieren. Verfangt Euch nicht in einer Echokammer. Wenn Ihr am Ende eine Ansicht ablehnt oder ihr zuneigt, versichert Euch, dass Ihr zu Eurem Standpunkt durch kritische Analyse aller Gegenargumente gelangt seid.

### Denkt selbstständig, denkt selbst!

Viel Glück im College

Quelle: <http://krisenfrei.de/selber-denken-heute-eine-radikale-auforderung/>

## Manipulation künstlicher Intelligenz: Sexroboter können zu Killer-Maschinen umprogrammiert werden

*Sputnik; Di, 12 Sep 2017 14:26 UTC*

*Sexbots können genauso gut wie Smartphones geknackt werden und einem statt Vergnügen zu bereiten, Leid antun und sogar ins Jenseits befördern. Das hat der Dozent für Cybersicherheit an der australischen Deakin University Nick Patterson in einem Interview für die Zeitung Daily Star Online gesagt.*

Sie schliessen sich ans Internet an, imitieren Orgasmen, können sprechen und sich bewegen. Doch je fortschrittlicher solche Roboter werden, desto grösser ist das Risiko, dass diese gehackt werden.

«Hacker könnten leicht in das System eines solchen Roboters eindringen und die volle Kontrolle über Arme, Beine und andere angeschlossene Geräte übernehmen», so Patterson. Dabei ist der Experte sich sicher, dass das Hacken einer Robotersoftware nicht komplizierter sei als die eines Computers oder Handys.

Da solche Roboter sich teils auch bewegen können und elektrisch angetrieben werden, sei die Gefahr gross, dass dem Besitzer der Maschine Schaden zugefügt werden könnte, meint Patterson.

Zuvor hatte Tesla-Chef Elon Musk vor den Risiken künstlicher Intelligenz gewarnt. Der Wettkampf der Nationen um eine Überlegenheit in diesem Bereich wird seiner Aussicht nach den Dritten Weltkrieg auslösen.

Quelle: <https://de.sott.net/article/30977-Manipulation-kunstlicher-Intelligenz-Sexroboter-konnen-zu-Killer-Maschinen-um-programmiert-werden>

## Populist ist, wer das Volk verteidigt und nicht die Elite

08/09/2017 03/09/2017 NPR; Diego Fusaro



Es fällt auf, dass immer öfter die Begriffe «Populist» und insbesondere «Rechtspopulist» als Kampfbegriffe zur Diffamierung und Verunglimpfung einzelner Politiker und gewisser Parteien verwendet werden. Zurzeit nehmen viele diese Begriffe in den Mund – Politiker, Journalisten und andere –, aber nur wenige verstehen ihre Bedeutung.

**Sprecher:** Guten Tag, Diego Fusaro, Philosoph, der Fünf-Sterne-Bewegung nahestehend, wenn man so sagen darf.  
**Diego Fusaro:** Nein eigentlich nicht. Ich bin unabhängig. Ich unterstütze das Bestreben der Parteien, die die Dinge vernünftig machen.

**Sprecher:** Jedoch Kenner der Bewegung als solche.

**Diego Fusaro:** Mehr oder weniger. Ich erlaube mir festzustellen, wie seltsam es doch ist, dass die Zeitungen diese Titel bringen, die wieder einmal die Unterordnung Italiens[1] unter die Vereinigten Staaten von Amerika offenbaren, Salvini wie Trump, Grillo wie Trump; das offenbart unseren Zustand von totaler Unterordnung, der auch daraus ersichtlich war, wie wir die amerikanischen Wahlen miterlebt haben, im Erwarten, dass der gute Kaiser den bösen besiegen werde.

Das verrät, dass wir jetzt tatsächlich eine Provinz sind. Wahr ist, dass 110 militärische Stützpunkte der USA[2] in Italien stationiert sind, die jegliche demokratische Souveränität verhindern; allerdings denke ich, dass wir, zumindest auf kultureller Ebene, anfangen sollten, uns ein wenig Unabhängigkeit und Autonomie einzuräumen und betonen sollten, dass wir nicht völlig von den USA abhängen.

Wir haben unsere eigene Autonomie. Wir müssen in erster Linie bedenken, dass der eventuelle Sieg des schlimmeren Übels abgewendet worden ist. Übel war, in diesem Fall, Hillary Clinton. Die Amerikaner haben offenbar dafür gestimmt, dass nicht diejenige an die Macht kommen sollte, die jede sogenannte «Friedensmission» gepriesen hatte, die eigentlich imperialistische Bombardierungen waren. Da immer Trumps Maskulinismus[3] und sein Verletzen der Political Correctness angeführt werden – es stimmt, das sind oft peinliche Szenen –, sollten wir uns daran erinnern, dass es Hillary Clinton gewesen ist, die Gaddafis Tod anstössig belacht hat, gleichwohl er, wie Che Guevara, als Patriot gestorben war.

In diesem Sinne denke ich, dass die Amerikaner mit der Ablehnung dieser Politik, die nun schon seit geraumer Zeit fortgesetzt wurde, ein positives Zeichen gesetzt haben, und genau das sollten wir bedenken, abgesehen von Worten wie Populismus, Fremdenfeindlichkeit und so fort, die oft Kategorien sind, die der Neusprache würdig sind, denn seien wir ehrlich, Populist ist heute die Bezeichnung, mit der jeder verleumdet wird, der die Interessen der herrschenden Elite nicht übernimmt. Jeder, der sich daran erinnert, dass es ein Volk gibt, das aus Arbeitnehmern und aus untergeordneten Klassen besteht, das Rechte hat und das gegebenenfalls geschützt werden muss, wird in gewissem Sinne zu einer Kategorie, mit der die herrschende Klasse jeden seiner Legitimation beraubt, der die dominierten, untergeordneten Klassen verteidigt.

**In diesem Sinn wären auch Karl Marx und Vladimir Lenin Populisten.**

[1] Anmerkung des Transkripters: Die gilt im Wesentlichen auch für Deutschland usw..

[2] In Deutschland sind dies an die 250 Stützpunkte bzw. Militärbasen.

[3] Ist eine Ideologie naturbedingter männlicher Überlegenheit.

Transkript: Werner Nosko



DIEGO FUSARO ist politischer Kommentator; Journalist; Gegner des Kapitalismus; gegen das europäische Bankensystem und das globalisierte Einheitsdenken. Er widmet sich dem Studium der Philosophie aller Zeiten, vor allem Marx und Gramsci, um ein soziales Projekt zu verwirklichen, um folglich die Aufmerksamkeit der Politiker auf spezifische Programme zu lenken, wo die Priorität das erniedrigte Volk der Erde sein wird, sowie die Berücksichtigung der verschiedenen Kulturen und deren Ausdruck – möglicherweise, wo sie sich entwickelt haben.

Die weltweite Verbreitung und Übersetzung seiner Botschaften ist ausdrücklich erwünscht.

Quelle: <http://npr.news.eulu.info/2017/09/08/populist-ist-wer-das-volk-verteidigt-und-nicht-die-elite/>

## Krankenpfleger kritisiert Merkel: «Sie haben nichts gegen Pflegenotstand getan!»

*Sputnik; Di, 12 Sep 2017 14:31 UTC*



© AP Photo/ Gero Breloer

Ein angehender Krankenpfleger hat mit seiner scharfen Kritik am System der Pflege in Deutschland in der ARD-«Wahlarena» am Montag für Aufsehen gesorgt. Das meldet die Nachrichtenagentur DPA.

Knapp zwei Wochen vor der Bundestagswahl hat sich die Bundeskanzlerin und CDU-Vorsitzende Angela Merkel am Montag in der ARD-«Wahlarena» in Lübeck den Fragen der Bürger gestellt. Der 21-jährige Pfleger Alexander Jorde aus Hildesheim warf in der live übertragenen Sendung der CDU vor, sich in ihrem Parteiprogramm keine Sorge um das deutsche Pflegesystem zu machen.

Er warf Merkel vor: «Das Pflege-Personal in Krankenhäusern ist seit Jahren total überlastet. Sie haben nichts dagegen getan. Täglich wird die Würde von Menschen verletzt, zum Beispiel, weil sie teilweise stundenlang in ihren Ausscheidungen liegen bleiben müssen.»

In ihrer Antwort stellte die Kanzlerin in Aussicht, sich für die Überwindung des Fachkräftemangels in der Pflege, für Verbesserungen des Berufes und seiner Bezahlung einzusetzen, sowie auf Pfleger aus dem EU-Ausland zurückgreifen zu wollen. Sie rief die Krankenpfleger auf, in den Tarifverhandlungen für höhere Löhne zu streiten. «Ich kann Ihnen nicht versprechen, dass zum Schluss alles zu bester Zufriedenheit ist, aber es wird mehr Standard da reinkommen», behauptete die Kanzlerin. «Ich hoffe, dass es in zwei Jahren besser ist.»

Die Antwort stellte Pflege-Azubi Jorde nicht zufrieden, der von der Politik öffentliche Kampagnen für Pflegeberufe forderte. «Wenn's keiner macht, dann wird's brenzlig.»

Quelle: <https://de.sott.net/article/30979-Krankenpfleger-kritisiert-Merkel-%E2%80%9ESie-haben-nichts-gegen-Pflegenotstand-getan-%E2%80%9C>

## Ökonom Max Otte: «Mein Gewissen treibt mich zur AfD»

*Epoch Times, 13. September 2017*

Sein Gewissen treibe ihn zur AfD, erklärt der renommierte Wirtschaftsprofessor Max Otte in einem Interview mit der Wirtschaftswoche. «Angela Merkel ist für mich nicht wählbar», so sein Statement vorab auf Twitter.

«Angela Merkel ist für mich nicht wählbar. Ich wähle diesmal AfD», twitterte Prof. Dr. Max Otte vor zwei Tagen. Der renommierte Ökonom ist seit 1991 Mitglied der CDU. In der «Wirtschaftswoche» gab er gestern ein Interview, in dem er erklärt, warum er die AfD wählen wird.

Gleich zu Beginn erklärt der Wirtschaftsprofessor, dass er einen Beitrag dazu leisten möchte, dass die Bundesregierung «nicht länger unser Land schädigt» – denn was Angela Merkel macht, sei «eine Katastrophe». Und



nicht einmal das Bundesverfassungsgericht würde ihre Politik stoppen, obwohl sie geltendes Recht umgehe, sagt er einleitend.

Programmatisch würde die AfD für all das stehen, was ein anständiges CDU-Mitglied vor 30 Jahren als seine Position angesehen habe, so der Ökonom weiter. Die AfD lebe seiner Meinung nach das Parteiprogramm der CDU viel mehr als die CDU selbst.

Dabei gehe es ihm konkret um drei Punkte, bei denen er klar bei der AfD stehe: Zum einen bei der Einwanderungspolitik, zum anderen bei der Politik für die Mittelschicht. Hinzu komme das europäische Haus und Frieden mit Russland.

### **Lindner ist ein Gesinnungsakrobat**

Dann kommt man auf FDP-Chef Christian Lindner zu sprechen, der ja ebenfalls für eine neue Entspannungspolitik mit Russland werbe, heisst es. Für den Börsenprofessor ist dieser allerdings nur ein «Gesinnungsakrobat», der verzweifelt versuche, «mit AfD-Positionen Wähler zu gewinnen. Das durchschauen die Menschen», so das Urteil des Ökonoms.

Was das Wirtschaftsprogramm der AfD betrifft, geht Otte davon aus, dass die Partei eine Mittelstandspolitik machen wird, was Union, SPD und FDP schon seit Jahren nicht mehr tun würden, sagt der Professor. Dazu gehörten Steuersenkungen und eine andere Energiepolitik. Dass die AfD in vielen Dingen noch keine Position habe, erklärt Otte mit einem gewissen Chaos, das in Anfangszeiten auch bei den Grünen und den Linken geherrscht habe. Nichtsdestotrotz vertraue er Jörg Meuthen und Alice Weidel – sie hätten «das Herz am richtigen Fleck».

### **Die Sache stinkt**

Die angebliche E-Mail von Alice Weidel, die kürzlich von der WELT breitgetreten wurde, hält Otte für einen Fake. Für ihn stinkt die Sache. «Warum taucht die E-Mail jetzt auf?», fragt er.

Und auch den Gauland-Skandal wegen dessen Äusserungen zu Staatsministerin Aydan Özoguz hält er für eine «Doppelmoral», die ihn wütend mache. Als Gabriel vor vier Jahren die Merkel-Regierung «entsorgen» wollte, kümmerte das keinen.

Was den rechtsradikalen Flügel der AfD betrifft, ist der Wirtschaftsprofi dafür, dass man Höcke beobachten sollte. Alle anderen seien für ihn nicht rechtsradikal.

### **Ich stehe zu meinen Überzeugungen**

Die CDU will der Ökonom trotzdem nicht verlassen, denn die CDU brauche dringend vernünftige Leute, sagt er. Sein Gewissen treibe ihn aber trotzdem dazu, AfD zu wählen. Dafür nehme er auch grosse Nachteile in Kauf, denn sicher komme er auf schwarze Listen, so Otte.

Max Otte sei aber jemand, der zu seinen Überzeugungen stehe und nicht schweigt, wenn es unangenehm wird, sagt er über sich selbst. Das traf auch zu Jahresbeginn zu, als er Donald Trump unterstützte. Auch wenn sich die Hoffnung auf eine vernünftige Wirtschaftspolitik für den Mittelstand durch ihn derzeit zerschlagen hätte, sei Trump dennoch ein Friedenspräsident, der für eine Aussöhnung mit Russland stehe. Clinton hätte Kriege ausgeweitet oder begonnen, so der Professor.

Und für alle die meinten, Max Otte radikalisiere sich, weil er Sympathien für Trump und die AfD hegt, hält er abschliessend diese Worte bereit: «Die AfD ist zu 90 Prozent eine bürgerlich-konservative Partei und nicht radikal. Ich radikalisiere mich nicht. Wer das glaubt, muss sein Weltbild überdenken.» (mcd)

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/oekonom-max-otte-mein-gewissen-treibt-mich-zur-afd-a2215017.html>

## **Es brodelt im Land, und nicht wählen ist keine Alternative**

*Vera Lengsfeld; Veröffentlicht am 12. September 2017*

Heute Morgen fand ich in meinem E-Mail-Fach Post von Stephan Grünwald, der heute Abend bei Markus Lanz die Ergebnisse einer Studie des «Rheingold Instituts» vorstellen wird. Ich durfte sie vorab lesen und machte mich sofort daran, denn der Titel: «Es rumort in Deutschland» weckte mein Interesse. Rheingold hat mit 50 Wählern psychologische Tiefeninterviews und Gruppendiskussionen durchgeführt. Zusätzlich war man «im Osten» unterwegs und glaubt nun zu wissen, «was die Wähler kurz vor der Wahl bewegt».

**Das Ergebnis:** «Der Bürger ist labil, in ihm brodelt und rumort es. Deutschland wird wie ein Vexierbild beschrieben: Entweder als marodes, verwahrlostes Land oder als sichere Insel des Wohlstands in einem Meer aus

Risiken. Das alles ist kippelig und führt zu emotionalen Ausbrüchen. **Ich habe solches Toben und Wüten, so viel Hass unter den Probanden, noch nie erlebt.»**

Was Grünwald beschreibt, ist die Wechselstimmung im Land, dem keine politische Alternative geboten wird. Die «Flüchtlingskrise» genannte chaotische Einwanderung von 2015/2016 hat die Deutschen in ein Dilemma gestürzt. Einerseits wollen sie solidarisch sein und Bedrängten helfen, andererseits erleben sie die rapide, durch eine unterschwellige Destabilisierung verursachte Veränderung unseres Landes als bedrohlich. Die Diskrepanz zwischen erlebter Wirklichkeit und Dauerpropaganda von Politik und Medien ist enorm und erzeugt Spannungen, die sich früher oder später entladen müssen, soll die Gesellschaft nicht explodieren.

«Rheingold» scheint sich aber auch in einem Dilemma zu befinden. Einerseits scheint aus der Studie hervorzugehen, dass Kanzlerin Merkel als Hauptverursacherin des Dilemmas wahrgenommen wird und abgelöst werden soll. Andererseits ist klar, dass die Union als stärkste Kraft aus der Wahl hervorgehen und deshalb wieder die Regierung bilden wird. Mit der will «Rheingold» es sich nicht verderben, deshalb wird der Wunsch nach Merkels Abwahl relativiert. Die Wähler scheuten Veränderung aus Angst vor Instabilitäten. In der Wahlkabine würden sie sich deshalb mit der Schönfärberei der Politiker arrangieren. Sie schwankten zwischen halbherzigen Treue-Bekanntnissen zu Angela Merkel und kompensatorischen Korrektur-Versuchen.

Hauptsächlich wird die Union aber gewinnen, weil erstens die SPD in allen von den Wählern als relevant empfundenen Grundsatzfragen identische Auffassungen mit der Union hat und weil zweitens der Kanzlerkandidat Schulz ein zu offensichtlicher Missgriff war.

Interessanterweise sieht «Rheingold» die AfD auf Platz drei, gefolgt von der FDP.

Während die CDU-Führung ihre schwarz-grünen Träume immer noch nicht beerdigt hat, wie das Duett von Cem Özdemir und Wolfgang Schäuble bei Anne Will unter Beweis stellte, ist diese Konstellation nur noch eine Illusion. «Rheingold» sieht die Grünen eher ausserhalb des nächsten Bundestages, als drin. Das wird schamhaft umschrieben mit: Die Grünen würden es schwer haben. Das Beste daran ist, wenn sie einmal rausgeflogen sind, werden sie dauerhaft draussen bleiben, es sei denn, Boris Palmer würde Parteivorsitzender. Jedenfalls wird es kein Bündnis90/Grüne geben, das den Platz im Parlament warmhält, wie von 1990–1994 und den Wiedereinzug ermöglicht.

Die Linke dümpelt weiter vor sich hin. Sie wird auch weiterhin kaum eine Rolle spielen. Als Opposition wird sie versagen wie in der zu Ende gehenden Legislaturperiode.

Welche Regierungskonstellationen sind möglich, ausser einer Neuauflage der GroKo? Nur Schwarz-Gelb nach Grünwald.

An dieser Stelle wird es peinlich. Da wird nicht nur gesagt, dass von der FDP «frischer Wind» in die Politik gebracht wird, eine Hoffnung, die von der Partei schon einmal grandios enttäuscht wurde. Christian Lindner, der «junge Held» soll der ideale «sexy» Partner von «Mutti» Merkel sein. Es herrsche eine regelrechte «Lindner-Geilheit» – das steht tatsächlich so da. Nun, Verliebtheit macht blind und bei Geilheit setzt bekanntlich der nüchterne Verstand vollkommen aus. Die Lindner-Verliebten sollten sich anschauen, was der junge Held in NRW für glorreiche Taten vollbracht hat. Seine ersten Amtshandlungen waren, entgegen seinen lautesten Wahlversprechen, ein Stellenabbau bei der Polizei, der für heftige Irritationen bei den Lindner-Wählern gesorgt hat, und eine Verlängerung des Schulvertrags mit DITIB, der Türkisch-islamischen Union, Präsident Erdogans langem Arm in Deutschland. Das war die Fortsetzung der rot-grünen Politik, die in NRW abgewählt worden war.

Nein, von Christian Lindner ist eher zu erwarten, dass er, wie einstmals Guido Westerwelle, zum willigen Helfer von Kanzlerin Merkel wird. Nein, die FDP gehört in die Opposition, das ist das Beste, was wir von der Bundestagswahl erwarten können.

Statt Kanzlerin Merkel zu einem Jungbrunnen zu verhelfen, würde Lindner, getrieben von der AfD, einen exzellenten Oppositionsführer abgeben und damit wirklich den dringend benötigten frischen Wind in den Bundestag bringen.

Die neue GroKo wäre schwach, weil die Wähler sie lediglich aus Mangel an Alternativen auf Bewährung verlängert haben.

Am 24.9. sollten sich alle Wähler darauf besinnen, dass sie eine Stimme haben, mit der sie etwas verändern können. Merkel kann nicht abgewählt, aber es kann ihr das Weiterregieren so schwer wie möglich gemacht werden.

Vielleicht ist diese Wahl die letzte Gelegenheit, Einfluss zu nehmen. Seine Wut, seinen Frust im Internet oder auf der Strasse abzureagieren, hilft nicht. Wer nicht wählt, stärkt die Altparteien. Die Nichtwähler sind die einzige wirkliche Volkspartei. Sie könnten jede kleine Partei zur Regierungspartei machen. Noch sind die Wahlen geheim. Es gibt keine Überwachungskameras in den Wahlkabinen. Man kann jede gewünschte Alter-

native wählen, es sieht ja keiner.

Aber vom Ergebnis der Wahl hängt die Zukunft unseres Landes ab!

Quelle: <http://vera-lengsfeld.de/2017/09/12/es-brodelt-im-land-und-nicht-waehlen-ist-keine-alternative/>

## Während Russland Syrien vom IS befreit, rettet die USA den IS vor Russland – Und westliche Medien ignorieren das alles

Joe Quinn; Sott.net; Fr, 8 Sep 2017 23:44 UTC



Im September 2015 randalierte der IS in Syrien, schlachtete Zivilisten ab und zerstörte Ortschaften und Städte – etwa vier Jahre lang. Zu jener Zeit gab es einen guten Grund anzunehmen, dass die syrisch-arabische Armee sehr bald durch den IS und «Rebellen»-Truppen besiegt und die syrische Regierung verdrängt werden würde. Und das, obwohl eine US-geführte Koalition fast ein Jahr lang angeblich den IS bombardiert hatte, was den seltsamen Effekt hatte, dass die Jihadisten ihre Territorien in Syrien und dem Irak stetig ausweiten konnten. Zum jetzigen Zeitpunkt ist es offensichtlich, dass der einzige Grund, warum diese Bande von bezahlten Söldnern namens «IS» nur deshalb jemals in der Position war, Syrien zu bedrohen, der war, dass sie von den USA und ihren Alliierten in den Golfstaaten massive finanzielle Mittel, Waffen und Training erhielt.

Sobald jedoch das russische Militär am 30. September 2015 intervenierte, sahen sich der IS und die verschiedenen anderen jihadistischen «Rebellen»-Gruppen damit konfrontiert, dass sich ihr Territorium und ihre Mannstärke schnell reduzierten. Ungeachtet der Hilfe und Unterstützung für den IS und die Rebellen durch die US-Regierung. Nach der Befreiung Aleppos durch russische Truppen Ende letzten Jahres hat es mehrere weitere dramatische Siege der syrischen Armee (unterstützt durch die russische Luftwaffe) gegeben – der aktuellste und vielleicht massgeblichste Sieg ist die in dieser Woche stattgefundene Befreiung der syrischen Stadt Deir ez Zor.

Vielleicht ist es Ihnen entgangen, doch im Verlauf der letzten zwei Jahre haben die westlichen Medien und die westlichen Regierungen die Siege der syrischen Armee mit Unterstützung der russischen Luft-Kampagne durchweg ignoriert oder kritisiert. Das ist natürlich nicht überraschend, angesichts der Tatsache, dass der IS nichts weiter ist als eine Stellvertreter-Armee der USA und der Golfstaaten, die spezifisch dazu ausgelegt ist, Krieg gegen das syrische Volk zu führen, Syrien als Nation zu zerstören und es als Abbild des Westens als einem Vasallen des Imperiums neu zu gestalten. Bei den Gelegenheiten, in denen die westliche Presse es als passend empfand, die Leistungen des syrischen und russischen Militärs zu kommentieren, entschieden sie sich dazu, diese zynisch als «russische Aggression» oder als «Assad tötet sein eigenes Volk» zu verurteilen.

Die Befreiung von Deir ez Zor diese Woche ist ein Paradebeispiel. Obwohl es keine spezifische Verurteilungen gab, werden Sie Schwierigkeiten haben, auch nur einen US-amerikanischen Mainstream-Medienkanal zu finden, der über die aktuellsten Neuigkeiten berichtet, dass ein russischer Luftschlag auf ein Untergrundbasis-Kommandozentrum in der Nähe der Stadt 40 IS-Mitglieder umbrachte, einschliesslich vier Feldkommandeure. Unter den getöteten Senior-Militanten befindet sich der international gesuchte Abu-Muhammad al-Shimali, der selbsternannte «Emir von Deir ez-Zor».

Al-Shimali war ein im Irak geborener, saudischer Bürger (was für eine Überraschung!) und ein ehemaliges Al-Qaida Mitglied, und schwor dem IS 2015 Treue (im Austausch gegen einen dicken Check) und wurde dafür berüchtigt, Terroristen nach Syrien zu schmuggeln (im Auftrag der USA und Saudi-Arabiens). Aber einfach nur, um die Farce aufrecht zu erhalten, wurde Al-Shamali zu einem «hochgehandelten Ziel» des US-State-Department erklärt, das 2015 für Informationen, die zu seiner Festnahme führen, eine Belohnung von bis zu \$5 Millionen angesetzt hatte. Mehrere europäische Geheimdienste behaupteten ausserdem, dass Al-Shimali in die Pariser Terroranschläge im Jahr 2015 involviert war. Jetzt könnte man ja meinen, dass die Nachricht, dass die Ausschal-

tung dieses brutalen Killers, der für so viele Opfer in Syrien und Frankreich verantwortlich ist, beim US-State-Department und der französischen Regierung dazu führen würde, dass sie ihre lächerliche Anti-Russland-Ideologie aufgeben und in einer öffentlichen Stellungnahme Glückwünsche an das russische und syrische Militär für diese bewundernswerte Leistung aussprechen würden. Aber da lägen wir falsch. **Sie sagen rein gar nichts!** Tatsächlich haben sie wahrscheinlich grosse Schwierigkeiten, ihren Drang zu kontrollieren, Russland einen blutigen Mörder zu nennen, da es gerade einige ihrer Lieblings-Agenten umgebracht hat.



*Gulmurod Khalimov, der ISIS-Mann des Pentagons in Syrien, oder Russland, oder wo immer sie ihn hin verpflanzen*

Doch ihre Zunge werden sie im Zaum halten, und das aus gutem Grunde, damit sich die Aufmerksamkeit nicht auf den Namen eines weiteren «IS-Kommandeurs» richtet, der am selben Ort getötet wurde: Gulmurod Khalimov, ein Tajik und islamistischer Militär-Kommandeur, der 2015 zum IS «übergetreten» ist, nachdem er in den USA ein jahrelanges Training durchlaufen hat – über das Diplomatische Sicherheits-/Anti-Terrorismus-Assistenz-Programm des US-State-Department. Nach seinem «Wechsel» sagte Khalimov, er plane nach Hause zurückzukehren, um in seiner zentralasiatischen Nation das Sharia-Gesetz durchzusetzen und den Jihad nach Russland zu bringen. Welch ein Zufall. Natürlich ist es für das Pentagon und den CIA nichts Neues, Milliarden Dollar an US-Steuergeldern dafür zu verwenden, Jihadisten zu trainieren und zu bewaffnen.

Da ist auch noch die kleine Angelegenheit mit der Behauptung einer nicht genannten «diplomatischen Quelle», dass **mindestens ein Dutzend IS-Feldkommandeure, einschliesslich zwei von «europäischer Herkunft» Ende August von einem US-Air-Force-Flugzeug aus Deit ez Zor evakuiert wurden**, als deutlich wurde, dass die Stadt in die Hände der syrischen Armee fallen würde. Normalerweise bin ich den Behauptungen von «nicht genannten diplomatischen Quellen» gegenüber skeptisch, aber in diesem Zusammenhang ist die Behauptung glaubwürdig angesichts dessen, was über die direkte US-amerikanische Unterstützung von Jihadisten in Syrien bekannt ist. Im Juni dieses Jahres sagte der Kommandeur der russischen Streitkräfte in Syrien, Col. Gen. Sergei Surovikin, dass es IS-Kämpfern erlaubt war, zwei Dörfer südwestlich von Rakka zu verlassen und sich Richtung Palmyra zu bewegen. Surovikin sagte, dass die **US-Koalition, zusammen mit alliierten Kurden, «insgeheim mit den Anführern des IS zusammenwirken, die die Gebiete unter ihrer Kontrolle aufgeben und sich in Provinzen hineinbegeben, wo syrische Regierungstruppen agieren.»**

Aber ich nehme an, ich sollte mich nicht sehr beschweren, oder zu viel erwarten von den Psycho-Kriegstreibern im Pentagon und der CIA, ihren ekelregenden Kopfabscneider-Freunden in Saudi-Arabien, und den westlichen Medien, die ein Propaganda-Arm von allen dreien sind. **Ihr kleiner Plan eines durch einen vorgetäuschten Bürgerkrieg hervorgebrachten Regimewechsels in Syrien ist in die Hose gegangen – dank dem russischen Militär unter der Schirmherrschaft von Wladimir Putin und den herausragenden Bemühungen der libanesischen Hisbollah und der iranischen Miliz.** Nichts kann jetzt etwas ändern daran, nicht einmal der «Plan B» der USA, in Nordsyrien einen kurdischen Staat zu erschaffen.

Während die Realitäts-Erschaffer in Washington gerne glauben würden, dass eine US-alliierte, kurdische Enklave in Nordsyrien und im Irak ein fortgesetztes US-amerikanisches Eigentumsrecht im Nahen Osten sichern, und den Aufstieg von Russland und des Iran als die dominanten Kräfte in dieser Region verhindern könne, ist das nichts weiter als ein wortwörtliches und symbolisches Hirngespinnst. **Wenn aus Teilen von Syrien und dem Irak ein Kurdistan entstehen soll, dann wird das nur mit der Einwilligung des Iran, der Türkei, Syriens und dem Irak geschehen können**, von denen alle sehr gute Gründe haben (sowie effektive Mittel), die Gründung eines kurdischen Staates zu verhindern. Sowohl die geopolitische als auch die geografische Realität der Situation bedeutet daher, dass ein offizieller kurdischer Staat mit seinen unmittelbaren Nachbarn alliiert wäre, und nicht mit imperialen Kriegstreibern und einfallenden Kopfabscneidern.

Joe Quinn ist Ko-Autor von 9/11: The Ultimate Truth (gemeinsam mit Laura Knight-Jadczyk, 2006) und Manufactured Terror: The Boston Marathon Bombings, Sandy Hook, Aurora Shooting and Other False Flag Terror Attacks (gemeinsam





mit Niall Bradley, 2014). Er ist auch Moderator des Sott.net-Projekts The Sott Report Videos und Ko-Moderator der Radiosendung ›Behind the Headlines‹ auf der Internetplattform des Netzwerkes Sott Talk Radio.

Als etablierter internetzbasierter Essayist und Buch-Autor verfasst Quinn seit über 10 Jahren präzise Leitartikel für Sott.net. Seine Artikel sind bei vielen alternativen Nachrichtenseiten erschienen, er wurde in verschiedenen Internet-Radiosendungen interviewt und hatte auch einen Auftritt beim iranischen Sender Press TV. Seine Artikel können ausserdem auf seinem privaten Blog JoeQuinn.net gefunden werden.

Quelle: <https://de.sott.net/article/30950-Wahrend-Russland-Syrien-von-ISIS-befreit-rettet-USA-ISIS-vor-Russland-Und-westliche-Medien-ignorieren-das-alles>

## Syrien fordert USA zum Abzug ihrer Truppen auf, andernfalls gelten diese als Feind

RT Deutsch; Mo, 11 Sep 2017 16:04 UTC

*Das syrische Aussenministerium hat die USA dazu aufgerufen, ihre Truppen aus Syrien zurückzuziehen. Andernfalls werde das Land diese als feindlich einstufen. Die vermeintliche Anti-IS-Koalition geriere sich immer mehr wie eine Koalition zur Zerstörung Syriens.*

**Die USA sowie die von ihnen angeführte Koalition zerstören Syrien, indem sie durch Luftangriffe friedliche Bewohner töte und die wirtschaftliche Infrastruktur zerlege, so Faisal al-Miqdad, der stellvertretende Aussenminister Syriens.**

Die US-amerikanische Anwesenheit in Syrien sei ›illegal und inakzeptabel‹, da die syrische Regierung diese nie anerkannt hätte, erklärte Al-Miqdad am Sonntag in einem Interview dem TV-Sender Al Mayadeen. Die USA sollten ihre Truppen aus Syrien abziehen oder sie werden von der syrischen Armee als feindliche Kräfte betrachtet, fügte der Beamte hinzu.

Der Diplomat erklärte weiter: «Die Handlungen der USA und der von ihnen angeführten Koalition haben keine Legitimation, da sie Syrien zerstören, durch ihre Luftschläge friedliche Einwohner töten und die wirtschaftliche Infrastruktur vernichten. [...] **Das entspricht den Plänen der Terroristen, aber nicht den Interessen des syrischen Volkes.**» Er merkte an, dass jeder, der gegen die Terroristen kämpfen will, seine Schritte mit Syrien und dessen Verbündeten koordinieren solle.

Der Kampf um Deir ez-Zor sei ›die letzte große Schlacht‹ gewesen, die die Regierungstruppen führen, so al-Miqdad: «Diese Stadt und die Provinz sind sehr wichtig für uns, da sie sich an der Grenze zum Irak befinden. [...] Daher sind die Erfolge der syrischen Armee strategisch wichtig und bringen uns der vollständigen Vernichtung der Terrorgruppe Islamischer Staat (Anm. Islamistischer Staat) immer näher.»

Die USA haben in der nordöstlichen syrischen Provinz al-Hasaka drei Militärbasen eröffnet und eine weitere in Kobanê. Ungefähr 1500 US-Spezialsoldaten unterstützen dort die sogenannten ›Demokratischen Kräfte Syriens‹, die derzeit versuchen, die Stadt Rakka von den Terroristen zurückzuerobern. Am Samstag haben die Truppen damit begonnen, den IS in der Industriezone östlich der Stadt Deir ez-Zor zu bekämpfen.

Quelle: <https://de.sott.net/article/30958-Syrien-fordert-USA-zum-Abzug-ihrer-Truppen-auf-andernfalls-gelten-diese-als-Feind>

## Wahlprognosen sind Wählermanipulation

Gerd Bosbach; Zeit Online; Mo, 04 Sep 2017 14:18 UTC

*Wahlprognosen sind nicht nur oft falsch, sie entpolitisieren die Gesellschaft und manipulieren die Wähler.*

*So hart es klingt: Man sollte besser auf sie verzichten.*

Zugegeben, auch ich beobachte gespannt die Wahlumfragen. Wie viele andere auch interessiert es mich brennend, ob die Union ihren Vorsprung hält und welche Koalitionen sich abzeichnen. So ein Rennen ist ja auch ein nettes Plauderthema. Hätten wir keine Umfragen, sähen wir nichts von dem Rennen, sondern bekämen nur das Ergebnis mitgeteilt. **Und natürlich ist es verführerisch, Wissenschaftlern zu trauen, Statistik an die Stelle von politischen Mutmassungen zu setzen.**

Aber ist es auch gut für die Demokratie? Ich bezweifle das. Umfragen können irreführend und sogar verfälschend wirken. Meinungsforscher haben in der letzten Zeit schon mehrfach versagt und es gibt wenige Gründe anzunehmen, dass solche Irrtümer nicht auch in Deutschland passieren können. Tatsächlich gab es sogar schon

extremere Fälle, etwa als die FDP zur Landtagswahl im Saarland 1985 auf weniger als zwei Prozent geschätzt wurde, am Ende aber um die zehn Prozent erhielt.



© Michael Kappeler/dpa

Als Forscher habe ich mich lange mit der Aussagekraft von Umfragen beschäftigt. Schliesslich habe ich selbst versucht, bessere Prognosen zu erstellen. Ich errechnete Mittelwerte aus den Ergebnissen der Forschungsinstitute, ich gewichtete die Institutsergebnisse mithilfe der Genauigkeit früherer Vorhersagen. Doch je länger ich an der perfekten Umfrage feilte, desto mehr drängte sich mir die Frage nach dem Wozu auf.

Meinungsforschung macht auch selbst Meinung. Sie kann, ob gewollt oder nicht, Wahlen beeinflussen. Dafür gibt es jede Menge Beispiele. Wird eine Partei dauerhaft auf unter drei Prozent geschätzt, **liegt es für den taktisch denkenden Wähler nahe, die Stimme einer grösseren Partei zu geben, um sie nicht zu verschenken.** Prognosen dagegen, die eine Partei in unmittelbarer Nähe der Fünfprozenthürde einordnen, werden nicht nur die eigenen Anhänger motivieren, sondern auch Wähler anderer Parteien zu Leihstimmen verführen. Falls Sie jetzt an die FDP denken: Ja, bei den Liberalen konnten wir das immer wieder gut beobachten.

Nun kann man sagen, dass gegen taktisches Wählen wenig einzuwenden ist – abgesehen davon, dass die Wahl einer Partei, die man eigentlich nicht bevorzugt, kein Ruhmesblatt für die Demokratie ist. Doch die Orientierung des Wählers an Umfragen hat auch schon schwerwiegendere Folgen gehabt. Etwa beim Brexit. Viele Wähler dürften angesichts der scheinbar klaren Prognosen auf das Wählen verzichtet oder sogar gegen ihre Überzeugung für den Brexit gestimmt haben, um der Regierung einen Denkmittel für das Versagen auf anderen Feldern verpassen zu wollen. **Es verzerrt Wahlergebnisse, wenn viele Menschen zu wissen glauben, wie die Wahl ausgehen wird.**

Am augenscheinlichsten wurde mir die politische Kraft von Umfragen in einem Gespräch mit jungen Leuten kurz vor der Bundestagswahl 2013. In der Runde outete sich ein junger Student als SPD-Mitglied. Prompt kamen abschätzige Reaktionen. Ich fragte nach den Gründen, aber trotz mehrfachen Bohrens kamen keine inhaltlichen Argumente. Selbst das Ansehen der damaligen Kandidaten der beiden grossen Parteien – Merkel und Steinbrück – war bei allen in der Runde auf ähnlichem Niveau. Steinbrück wurde nicht abgelehnt. Ihm wurde nur vorgeworfen, sich für eine Partei zu engagieren, die doch ohnehin verlieren werde. Meinungsumfragen waren der Grund für die starke Anti-SPD-Stimmung. Die Kritiker des jungen SPDlers wollten lieber zu den Siegern gehören.

Es gibt nur wenige präzise Erhebungen darüber, wie stark veröffentlichte Beliebtheitswerte Wahlentscheidungen beeinflussen. Wir wissen nicht, für wie viele Wähler sich das Bild von Martin Schulz verschlechtert hat, weil seine Partei in den Umfragen abstürzte. Doch es ist alles andere als abwegig anzunehmen, dass manch ein Wähler gern aufseiten der Sieger steht.

In einer Umfrage des Instituts für Grundlagenforschung aus Salzburg gaben 25 Prozent aller Befragten in Österreich an, ihre Wahlentscheidung mindestens einmal nach Umfrageergebnissen ausgerichtet zu haben. Und da ein solches Verhalten eher zögerlich zugegeben wird, ist die folgende Zahl vielleicht noch aussagekräftiger: 68 Prozent unterstellten anderen Wählern, sich nach Umfrageergebnissen zu richten.

**Umfragen sind ungenau, Umfragen verzerren Wählerentscheidungen.** Und: Umfragen entpolitisieren. Wenn im Zentrum der Aufmerksamkeit der Spielstand zwischen den Spitzenkandidaten steht, dann werden tiefe inhaltliche Debatten schnell als nervtötend und anstrengend empfunden. Wenn ihnen nicht schon vorher die Relevanz verloren geht, weil das Ergebnis ohnehin schon feststeht – laut Umfragen.

Schauen wir nur auf die mit unfassbarem Ernst vorgetragenen persönlichen Beliebtheitswerte. Ist es wirklich wichtig, wer in der Rangfolge von Platz 7 auf Platz 10 gerutscht ist? Sollte es nicht bei Berichten und Interviews mit Politikern eher darum gehen, wie, sagen wir, mit der Verteilung des wachsenden gesellschaftlichen Reichtums umgegangen werden soll?

Was also tun? Es ist ein erster Schritt, über die Fehleranfälligkeit und die Wirkung von Wahlprognosen zu sprechen, aber er wird nicht reichen. Wir sollten ein Verbot von Meinungsumfragen kurz vor den Wahlen

erwägen, wie es in anderen europäischen Ländern längst Realität ist. Wenigstens für die letzten ein oder zwei Wochen sollten sich die Debatten ausschliesslich um politische Themen drehen.

Und wenn es trotzdem einzelne Umfrageergebnisse gibt, wer zwingt denn die Medien, darüber zu berichten? Auf die Gefahr, unter meinen Kollegen und bei Journalisten Ärger zu erregen: Der Fetisch der scheinbar objektiven, letztlich unpolitischen Zahlen schadet unserer Demokratie.

Quelle: <https://de.sott.net/article/30941-Wahlprognosen-sind-Wahlermanipulation>

## **IMPRESSUM**

### **FIGU-ZEITZEICHEN**

**Druck und Verlag:** Wassermannzeit-Verlag, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

**Redaktion:** «Billy» Eduard Albert Meier, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89

#### **Abonnemente:**

Erscheint unregelmässig

Wird nur im Internet veröffentlicht

**Postcheck-Konto:** FIGU, 8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3, IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

**E-Brief:** [info@figu.org](mailto:info@figu.org)

**Internetz:** [www.figu.org](http://www.figu.org)

**FIGU-Shop:** <http://shop.figu.org>



© FIGU 2017

Einige Rechte vorbehalten.



Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter [www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/](http://www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/)

**Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.**

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag:

FIGU, «Freie Interessengemeinschaft», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti, Schweiz